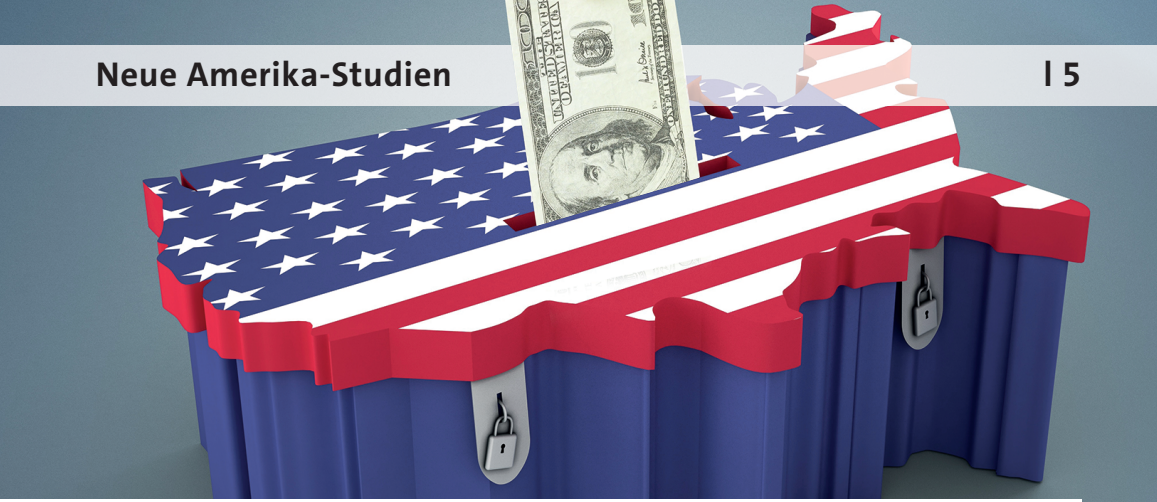
Neue Amerika-Studien | 5



Jörg Hebenstreit

Wahlkampffinanzierung und Demokratie in den USA

Nomos

Neue Amerika-Studien

herausgegeben von

Dr. Christoph Haas
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Jäger
Prof. Dr. Andreas Falke
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Band 5

Jörg Hebenstreit

Wahlkampffinanzierung und Demokratie in den USA

Nomos

© Titel: vectorfusionart – stock.adobe.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Zugl.: Jena, Univ., Diss., 2018

u.d.T.: Election or Auction? Wahlkampffinanzierung und Demokratie in den USA

ISBN 978-3-8487-6141-8 (Print)

ISBN 978-3-7489-0264-5 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im Dezember 2017 an der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften der *Friedrich-Schiller-Universität Jena* eingereicht und im Juni des nachfolgenden Jahres verteidigt habe.

Dissertationen sind in vielerlei Hinsicht wie Langstreckenläufe. Von der ersten Idee bis zur Verteidigung der Arbeit ist es nicht nur ein sehr langer, sondern oftmals auch sehr beschwerlicher Weg, auf welchem man zwischen den euphorischen ersten und glückseligen letzten Metern so manche Durststrecke passieren sowie Hungerast überwinden muss. Darüber hinaus gilt: Laufen muss man allein. Aber dass man läuft, stets die richtige Abbiegung nimmt und bei schwierigen Streckenabschnitten nicht ans Aufgeben denkt, sondern stattdessen bis ins herbeigesehnte Ziel weiterläuft, verdankt man in erheblichem Maße auch anderen. Nach meinem Zieleinlauf möchte ich die Gelegenheit nutzen, eben jenen Personen, die mich schon vor dem Startschuss aber insbesondere auch entlang des Weges unterstützt haben, von ganzem Herzen danke zu sagen.

Zu ganz besonderem Dank bin ich allen voran meinem langjährigen akademischen Lehrer und zugleich Doktorvater Prof. Dr. Michael Dreyer verpflichtet. Für seine stets hilfreichen Anregungen und konstruktiven Hinweise, für sein wortwörtlich jederzeit offenes Ohr – ganz egal, ob es sich um kleinteilige Detail- oder weitreichende Kernfragen der Arbeit handelte – , für den als Doktorand sehr angenehmen wissenschaftlichen Freiraum und nicht zuletzt für seine fortwährend motivierende sowie uneingeschränkt verständnis- und vertrauensvolle persönliche Art gebührt ihm mein herzlicher Dank. Es ist nicht selbstverständlich sagen zu können, dass ich mir keinen besseren Doktorvater hätte wünschen können.

Ebenfalls möchte ich mich bei Prof. Dr. Christian Lammert vom *John-F.-Kennedy-Institut für Nordamerikastudien* der *Freien Universität Berlin* bedanken, welcher einerseits das Zweitgutachten der Arbeit übernommen hat, mir andererseits aber auch auf inhaltliche Fragen jeder Art stets hilfreiche Antworten und wertvolle Denkanstöße geben konnte.

Zu besonderem Dank bin ich darüber hinaus Zach Holden, der als *Research Specialist* am *National Institute on Money in State Politics* (NIMSP) in Helena, Montana tätig ist, verpflichtet. Ohne ihn und seine überaus freundliche und unkomplizierte Hilfe wäre die Erstellung des Rohdaten-

satzes für die *State Legislature*-Ebene, dem empirische Dreh- und Angelpunkt der vorliegenden Dissertation, nicht realisierbar gewesen – die Arbeit hätte ohne dieses Kapitel enorm an Wert verloren. Der gleiche Dank gebührt Prof. Gary C. Jacobson von der *University of California*, San Diego, welcher mir den von ihm erstellten kumulierten Datensatz zu Wahlkampfspenden auf Kongressebene ohne jegliche Einschränkung, und als wäre dies eine Selbstverständlichkeit, zur Verfügung stellte. Auch ohne seine Hilfe hätte die Arbeit beträchtlich an Wert eingebüßt. Bis heute ist mir zudem rätselhaft wie er – obwohl auf einem anderen Kontinent und in einer gänzlich anderen Zeitzone lebend – stets in gefühlt jenem Moment ausführlich auf E-Mails antwortete, in dem ich auf den Senden-Knopf gedrückt hatte.

Einzelne Teile der Dissertation wurden ferner auf verschiedenen Konferenzen und Methodenschulen, die von der *Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien* (DGfA) sowie dem *European Consortium for Political Research* (ECPR) veranstaltet wurden, vorgestellt. Für ihre wertvollen Hinweise, konstruktiven Anregungen aber auch transdisziplinären Sichtweisen, von welchen die Arbeit erheblich profitiert hat, möchte ich mich bei den Teilnehmern dieser Konferenzen bzw. Summer und Winter Schools bedanken. Ebenfalls möchte ich mich bei Samo Kropivnik (*Universität Ljubljana*), Bernhard Kittel (*Universität Wien*), André Blais (*Université de Montréal*), Michael Lewis-Beck (*University of Iowa*) und Claes de Vreese (*Universität Amsterdam*) für sehr hilfreiche Gespräche über meine Arbeit bedanken, die ich am Rande der genannten Konferenzen mit ihnen führen durfte.

Prof. Dr. Jörg Nagler (*Friedrich-Schiller-Universität Jena*) danke ich für seine ungemein wertvollen Hinweise und Leseempfehlungen sowie seine Perspektive als Historiker. Insbesondere das Kapitel zum Gilded Age hat von seinem enormen historischen Wissen profitiert.

Meinem Kollegen und Freund Andreas Braune, der seine Dissertation bereits drei Jahre vor mir eingereicht und damit den mir noch unbekannten Dissertationsprozess schon einmal in Gänze durchlaufen hatte, danke ich für schier unzählige Antworten auf inhaltliche und organisatorische Fragen aller Couleur.

Zu großem Dank bin ich ebenfalls Andreas Pechtl verpflichtet, der die Arbeit unsagbar gründlich Korrektur gelesen und so mancher Textpassage zu einer deutlich besseren Verständlichkeit verholfen hat. Er ist dabei auf Fehler gestoßen, die ich vermutlich auch beim zehnten Korrekturlesen nicht gefunden hätte.

Ebenso möchte ich mich – und dies ist mir ein ganz besonderes Anliegen – auch bei all denjenigen bedanken, die zwar nicht inhaltlich zur Ent-

stehung der vorliegenden Dissertation beigetragen haben, deren Unterstützung, Vertrauen und Verständnis aber überhaupt erst die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, dass ich diese Arbeit schreiben und finalisieren konnte. Mit anderen Worten denjenigen, die mich nicht nur auf der Laufstrecke unterstützt haben, sondern auch die Grundlagen und Voraussetzungen dafür gelegt haben, dass ich tatsächlich an den Start gehen durfte.

Zu diesen Personen zählen zunächst meine Großeltern, die mich in so vielen Dingen und auf solch liebevolle Art und Weise unterstützt haben, dass es mir schwer fällt meine Dankbarkeit hierfür auszudrücken. Besonders hervorheben möchte ich an dieser Stelle meinen Opa, Manfred Hebenstreit, der schon im Kindesalter in mir einen unstillbaren Wissensdurst verankerte und mir darüber hinaus einen Gedanken einimpfte, der mich über die Jahre immer wieder antrieb: „Von nichts kommt nichts!"

Nie genug werde ich meinen Eltern für das danken können, was sie bisher für mich getan haben. Das Ausmaß an Vertrauen, insbesondere aber an Unterstützung, das sie mir seit jeher entgegenbrachten und dabei gleichzeitig immer selbstlos dazu bereit waren persönlich zurückzustecken, ist schlicht nicht in Worte zu fassen. Ihnen ist daher voller Dankbarkeit diese Arbeit gewidmet.

Schließlich möchte ich mich bei meiner Freundin Maria für ihre Liebe und Zuneigung bedanken. Die Unterstützung und das jahrelange Verständnis, das sie mir auch dann entgegenbrachte, wenn ich wieder mal spätabends, an Wochenenden, an Feiertagen oder im Urlaub in den Aufsätzen und Büchern versank – und damit die ohnehin schon knappe gemeinsame Zeit, die einem im Alltag bleibt, noch weiter verkürzte – ist alles andere als selbstverständlich. Ich schätze das außerordentliche Glück, mit ihr gemeinsam durchs Leben gehen zu dürfen.

Jena, im November 2019 *Jörg Hebenstreit*

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis 15

Tabellenverzeichnis 19

Abkürzungsverzeichnis 21

1. Prolog: The Golden and the Gilded Age 25

1.1 The Golden Age 25
1.2 The (First) Gilded Age 27
1.3 A New Gilded Age? 47

2. Forschungsdesign 55

2.1 Forschungsgegenstand, Fragestellung(en) und Ziel der Untersuchung 55
2.2 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage 66
2.3 Aufbau der Untersuchung 73
2.4 Forschungsrelevanz 76
2.5 Forschungsstand 84
2.6 Grundpositionen der Untersuchung 109

3. Retrogressive *Politics*: Eine kurze Geschichte der Wahlkampffinanzierung 116

3.1 Zugänge zur *vexata quaestio* Wahlkampffinanzierung 116
3.2. Ein Vorschlag zur Periodisierung der Wahlkampffinanzierungsgeschichte 126
3.2.1 Phase der bruchstückhaften Regulierung (1896-1971) 128
3.2.2 Phase umfassender Regulierung (1971-2010) 136
3.2.3 Phase weitestgehender Deregulierung (2010 - ?) 162

4. Billions of Dollars: What for? 187

4.1 Administrative Kosten 188

4.2 Strategische Kosten 189
4.3 Medial-werbende Kosten 193

5. Elektorale Folgen: Wahlerfolg = *f* (Wahlkampfspenden)? 202

5.1 Kostenentwicklungen von US-Wahlkämpfen 202
5.1.1 Generelle Kostenentwicklungen von US-Wahlkämpfen 202
5.1.2 Kostenentwicklung auf Präsidentschaftsebene 214
5.1.3 Kostenentwicklung auf Kongressebene 219

5.2 Theorie und Methodische Herausforderungen 224
5.2.1 Wege der monetären Beeinflussung von Wahlen 225
5.2.2 Vorüberlegung: Methodische Herausforderungen 227
5.2.2.1 Inkommensurabilitätsproblem 228
5.2.2.2 Simultanitätsproblem 231
5.2.2.3 Amtsinhabervorteil 241
5.2.2.4 Medienbezogene Messprobleme: Backlash-, Decay- & Shakedown-Effekt 250
5.2.3 Theorie des elektoralen Einflusses von Wahlkampfspenden 263
5.2.3.1 Elektorales Erklärungsmodell (VCM) 263
5.2.3.2 Grenzwerteffekte von Wahlkampfspenden: Threshold Effect 272

5.3 Einfluss von Wahlkampfspenden auf Bundesebene 284
5.3.1 Präsidentschaftswahlkampf 284
5.3.1.1 Vorwahlen *(primaries)* 284
5.3.1.2 Hauptwahlen (*general election*) 316
5.3.2 Kongresswahlkampf 337
5.3.2.1 Forschungsergebnisse vor *Citizens United* 338
5.3.2.2 Forschungsergebnisse nach *Citizens United* 345
5.3.2.3 Self-Funding Candidates 363

5.4 Einfluss von Wahlkampfspenden auf Bundesstaatsebene: *State Legislature Elections* 371
5.4.1 Hypothesen 381
5.4.2 Datengrundlage 384
5.4.3 Datenerhebung, Datenaufbereitung und Datentransformation 395
5.4.4 Datenauswertung 401

6. Non-Elektorale Folgen des *Citizens United*-Urteils 479

6.1 Gouvernementale Folgen 480
6.1.1 Gerrymandering: When you draw the lines, you make the rules 480
6.1.2 Polarisierung 497
6.2 Legislative Folgen 508
6.2.1 Permanent Campaigning 508
6.2.2 Die informelle Macht von Wahlkampfspenden: Preemptive Obedience 531
6.3 Partizipatorische Folgen 537
6.3.1 The Disappearing Small Donor? 542
6.3.2 Sinkende Wahlbeteiligung 557
6.4. Responsive Folgen: The Translation of Economic Power into Political Power 567
6.5 Konfidenzebene: Unzufriedenheit und Vertrauensverlust 595
6.6 Normative Ebene 623

7. Epilog: The Second Gilded Age – *Government of the rich, by the rich and for the rich*, again 632

Anhang 645

Literaturverzeichnis 677

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Entwicklung der Wahlkampfspenden der PolyOne Corporation	48
Abbildung 2:	Eisberg-Modell der Auswirkungen des Citizens United-Urteils	58
Abbildung 3:	Einflussvarianten des Citizens United-Urteils vor und nach dem Wahltag	73
Abbildung 4:	Überlagerungseffekte des Pre- und Post-Election Impacts	75
Abbildung 5:	Wordcloud zum Konnex von Wahlkampfspenden/Geld und Politik	78
Abbildung 6:	Regulierungs- und Veröffentlichungspflichten von Wahlakteuren	106
Abbildung 7:	Medial-werbende Ausgaben der Obama-Kampagne (2012)	198
Abbildung 8:	Ausgabenstruktur der Obama-Kampagne (2012)	199
Abbildung 9:	Ausgabentrias der Obama-Kampagne (2012)	200
Abbildung 10:	Generelle Wahlkosten von US-Wahlkämpfen	203
Abbildung 11:	Generelle Wahlkosten in Abhängigkeit von VAP & VEP	206
Abbildung 12:	Entwicklung von Outside und Dark Money	210
Abbildung 13:	Individuelle Großspenden im Wahlzyklus 2016	211
Abbildung 14:	Entwicklung der Präsidentschaftswahlkosten	215
Abbildung 15:	Die US-Präsidentschaftswahlkosten im internationalen Vergleich	217
Abbildung 16:	Entwicklung der Kongresswahlkosten	220
Abbildung 17:	Teuerste Kongresswahlkämpfe (2010-2016)	221

Abbildung 18:	Verhältnis von Inside zu Outside Spending (2010-2016)	223
Abbildung 19:	Methodischer Trade-Off	230
Abbildung 20:	Chancenvorteile von finanziell bessergestellten Kandidaten	232
Abbildung 21:	Demokratische HoR-Wahlgewinner und -verlierer 2014	234
Abbildung 22:	Kausale Mechanismen von Wahlkampfspenden und Wählerstimmen	237
Abbildung 23:	Vote Choice-Modell (VCM)	264
Abbildung 24:	Einfluss von Wahlkampfspenden auf unterschiedlichen pol. Ebenen	280
Abbildung 25:	Regressionsmodell zw. Wahlkampfausgaben und Umfragewerten (2012)	286
Abbildung 26:	Zeitreihenanalyse RCP-A & Wahlkampfausgaben (2012)	290
Abbildung 27:	Regressionsmodell zw. Wahlkampfausgaben und RCP-A (2016)	296
Abbildung 28:	Korrelationsmatrizen: Wahlkampfausgaben & RCP-A	298
Abbildung 29:	Funktionsweise der Green Primary	311
Abbildung 30:	Entwicklung der Ausgaben und des RCP-A im Vergleich (2012)	318
Abbildung 31:	Entwicklung der Ausgaben und des RCP-A im Vergleich (2016)	322
Abbildung 32:	Kampagnenausgaben im Hauptwahlkampf (1960-2016)	327
Abbildung 33:	OLS-Regressionsmodell (Fundraisingvorteil & Stimmenvorsprung)	329
Abbildung 34:	Threshold Effect bei Herausforderern	356
Abbildung 35:	Threshold Effect bei Amtsinhabern	358
Abbildung 36:	Threshold Effect bei Open Seat-Kandidaten	362

Abbildung 37: Independent Expenditure-Regulierung auf Bundesstaatsebene (2009) 374

Abbildung 38: Experimental- und Kontrollgruppe 395

Abbildung 39(1): Entwicklung des Outside Spending (Senat) 411

Abbildung 39(2): Entwicklung des Outside Spending (Repräsentantenhaus) 413

Abbildung 40(1): Threshold Effect bei Herausforderern (HoR) auf SLE-Ebene 430

Abbildung 40(2): Threshold Effect bei Herausforderern (Senat) auf SLE-Ebene 431

Abbildung 41(1): Threshold Effect bei Amtsinhabern (HoR) auf SLE-Ebene 434

Abbildung 41(2): Threshold Effect bei Amtsinhabern (Senat) auf SLE-Ebene 435

Abbildung 42(1): Threshold Effect bei Open Seat-Kandidaten (HoR) auf SLE-Ebene 439

Abbildung 42(2): Threshold Effect bei Open Seat-Kandidaten (Senat) auf SLE-Ebene 440

Abbildung 43: Residuenplot zur Inspektion von Ausreißern (CA-HoR-2010) 449

Abbildung 44: Korrelationsplot der unabhängigen Variablen im SLE-Datensatz 476

Abbildung 45: Wahlkreiszuschnitte in North Carolina vor und nach dem Zensus 2010 491

Abbildung 46: Ausschuss- und Unterausschusssitzungen im US-Kongress 524

Abbildung 47: Wahlkampfspenden-Partizipationsrate bei Zwischenwahlen 551

Abbildung 48: Verhältnis von Klein- und Großspendern (1996-2016) 556

Abbildung 49: Ökonomische Ungleichheit in den USA im internationalen Vergleich 569

Abbildung 50:	Entwicklung des politischen Vertrauens (ANES, 1964-2012)	609
Abbildung 51:	Corruption Perceptions Index-Score und -Ranking der USA	614
Abbildung 52:	Zusammenhang zwischen elektoraler Integrität und pol. Partizipation	621
Abbildung 53:	Wirkweise des Citizens United-Urteils	638

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zentrale Supreme Court-Urteile im Bereich der Wahlkampffinanzierung	121
Tabelle 2:	Überblick der Entwicklungsphasen der Wahlkampffinanzierung	183
Tabelle 3:	Spendenbegrenzungen für Wahlkämpfe auf Bundesebene (2015-16)	185
Tabelle 4:	OLS-Regressionsmodelle zu Einflussfaktoren auf Präsidentschaftsebene	332
Tabelle 5:	Durchschnittliche Kampagnenspenden- und independent expenditure-Summen	347
Tabelle 6:	Self-Funding Candidates im Kongresswahlkampf 2016	366
Tabelle 7:	Errichtung von Independent Expenditure-Verboten	375
Tabelle 8:	Zusammensetzung der Bundesstaatsparlamente (State Legislatures)	388
Tabelle 9:	Parteipolitische Zusammensetzung der Bundesstaatsparlamente	392
Tabelle 10:	Konfiguration der Experimental- und Kontrollgruppe	394
Tabelle 11:	Zusammensetzung der Bundesstaatsparlamente in der Stichprobe	396
Tabelle 12:	Zusammensetzung des finalen Datensatzes	400
Tabelle 13(1):	Höhe der Total Contributions Senat (ohne TP-Kandidaten)	402
Tabelle 13(2):	Höhe der Total Contributions Repräsentantenhaus (ohne TP-Kandidaten)	403
Tabelle 14:	Anzahl der Kandidaten ohne finanzielle Ressourcen	407
Tabelle 15(1):	Entwicklung der Summe des Outside Spending (Senat)	409

Tabelle 15(2):	Entwicklung der Summe des Outside Spending (Repräsentantenhaus)	412
Tabelle 16(1):	Entwicklung des Supporting Outside Spending nach Partei (Senat)	418
Tabelle 16(2):	Entwicklung des Supporting Outside Spending nach Partei (HoR)	420
Tabelle 17:	Parteipolitische Zusammensetzung der State Legislatures (2006-2012)	422
Tabelle 18(1):	Entwicklung des Opposing Outside Spending nach Partei (Senat)	424
Tabelle 18(2):	Entwicklung des Opposing Outside Spending nach Partei (HoR)	425
Tabelle 19:	Effektivität der Amtsinhaber- und Herausfordererspenden (2006-2012)	443
Tabelle 20:	Regressionsmodelle State Legislature Elections (2006-2012)	451
Tabelle 21:	Wahlkampfspenden und Einkommensperzentile (1990-2012)	545
Tabelle 22:	Unterschiede in den politischen Präferenzen zwischen den Angehörigen des oberen Ein-Prozents sowie der Allgemeinheit	575

Abkürzungsverzeichnis

AFP	Americans for Prosperity
AJPS	American Journal of Political Science
ANES	American National Election Study
APSA	American Political Science Association
APSR	American Political Science Review
AV	Abhängige Variable
AVS	American Values Survey
BCRA	Bipartisan Campaign Reform Act
CCAP	Cooperative Campaign Analysis Project
CCES	Cooperative Congressional Election Study
CFI	Campaign Finance Institute
CIO	Congress of Industrial Organizations
CMAG	Campaign Media Analysis Group
CPA	Center for Political Accountability
CPI	Consumer Price Index bzw. Corruption Perceptions Index
CRP	Center for Responsive Politics
CRP	Committee to Reelect the President
CRF	Citizens Research Foundation
CRS	Congressional Research Service
CU	Citizens United v. Federal Election Commission
DCCC	Democratic Congressional Campaign Committee
DOL	Department of Labor
DNC	Democratic National Committee
EIP	Electoral Integrity Project
EG	Experimentalgruppe
FEC	Federal Election Commission
FCPR	Federal Corrupt Practices Act
FECA	Federal Election Campaign Act
FF	Forschungsfrage
GDP	Gross Domestic Product
GOP	Grand Old Party (Republikanische Partei)

GOTV	Get Out the Vote
HoR	House of Representatives
ICPSR	Inter-university Consortium for Political and Social Research
IG	Interessengruppen
IE	Independent Expenditures
IRS	Internal Revenue Service
IRC	Internal Revenue Code
JFC	Joint Fundraising Committee
KG	Kontrollgruppe
LLC	Limited Liability Corporation
MIT	Massachusetts Institute of Technology
NAES	National Annenberg Election Study
NCSL	National Conference of State Legislatures
NIMSP	National Institute of Money in State Politics
NPLO	National Publicity Law Organization
OLS	Ordinary Least Squares
OOS	Opposing Outside Spending
OS	Outside Spending
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
PAC	Political Action Committee
PEI	Perceptions of Electoral Integrity Index
PP	Prozentpunkte
PVI	Partisan Voting Index
PR	Palma Ratio
RNC	Republican National Committee
RSLC	Republican State Leadership Committee
SESA	Survey of Economically Successful Americans
SLE	State Legislature Elections
SGLF	State Government Leadership Foundation
SOS	Supporting Outside Spending
SPI	State Political Ideology
SSF	Separate Segregated Fund
TP	Third Party
UV	Unabhängige Variable
VAP	Voting Age Population

VEP	Voting Eligible Population
V-DEM	Varieties of Democracy Index
WRTL	Wisconsin Right to Life
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZPol	Zeitschrift für Politikwissenschaft
2SLS	Two-Stage-Least-Square-Regression

1. Prolog: The Golden and the Gilded Age

1.1 The Golden Age

Mit dem Ende des Amerikanischen Bürgerkrieges (1861-1865) – der die politische Union zum ersten Mal auf eine echte, im Wortsinne, Zerreißprobe gestellt hatte – setzte eine Phase der radikalen Veränderung und Modernisierung ein. So kam es im langen Jahrzehnt der *Reconstruction* (1865-1877) nicht nur zur Wiedereingliederung der Südstaaten und zum Wiederaufbau des Landes, sondern vielmehr hielt im kompletten letzten Drittel des 19. Jahrhunderts der Fortschritt in allen Teilen des Landes, gleichwohl aber auch Bereichen des menschlichen Lebens, Einzug. Im *infrastrukturellen Bereich* sorgte die rapide Expansion des Eisenbahnnetzes[1] für eine ungeahnte Beschleunigung des Verkehrs von Waren und Personen und bereitete damit im *industriellen Bereich* der Transformation vom kommerziell-agrarisch geprägten Staat, hin zur weltweit führenden Industrienation, in nur weniger als 50 Jahren maßgeblich den Weg.[2] An der Spitze von sich rasch entwickelnden Großunternehmen standen einflussreiche Industrielle, deren Namen fortan als Synonyme für ganze Industriezweige dienen sollten. Der Eisenbahn- und Transportsektor verband sich mit Personen wie Cornelius Vanderbilt, Edward H. Harriman und James J. Hill, der Finanzsektor mit J. P. Morgan, die Stahlerzeugung mit Andrew Carnegie und die Ölindus-

1 Ausmaß und Einfluss dieser Expansion lassen sich anhand Zahlen aus der Vorbürgerkriegszeit abschätzen. 1841 benötigten Güter, die von Concord, New Hampshire nach Boston transportiert werden sollten auf dem Wasserweg vier Tage. Mit der Eröffnung der *Boston Railroad* reduzierte sich diese Zeit innerhalb von nur einem Jahr von vier Tagen auf vier Stunden. In den 1850er Jahren reduzierte die Westerweiterung des Eisenbahnnetzes die Reisezeit von New York nach Chicago von ursprünglich drei Wochen auf nunmehr drei Tage. Diese zum Teil exponentielle Beschleunigung des Personen- und Güterverkehrs wurde ab 1865 durch enorme Investitionen in das Eisenbahnstreckennetz zusätzlich vorangetrieben, Vgl. Beatty, Jack (2007): Age of Betrayal. The Triumph of Money in America, 1865-1900, New York, S. 14.

2 Vgl. Rees, Jonathan (2015): Industrialization and the Transformation of American Life. A Brief Introduction, New York.

trie mit John D. Rockefeller[3] – allesamt Personen, deren damaliger Einfluss an der Vertrautheit ihrer Namen im heutigen 21. Jahrhundert abgelesen werden kann. Im *technischen Bereich* revolutionierte die Erfindung der Glühlampe durch Edison (1879), welche schlagartig nicht nur Straßen und Plätze, sondern auch Fabriken, Wohnungen und Büros erleuchten sollte, das menschliche Leben ebenso, wie die Erfindungen der Telegraphie und Telefonie.[4] Im *Bereich der Wissenschaft* differenzierten sich innerhalb der einzelnen Forschungszweige selbstständige Gesellschaften wie die *American Chemical Society* (1876) oder die *American Mathematical Society* (1888) aus.[5] Darüber hinaus konnte die Universitätslandschaft zwischen 1870 und 1900 nicht nur eine Verfünffachung der Immatrikulationszahlen und der akademischen Angestellten, sondern eine damit einhergehende Welle von Neugründungen (vor allem von *State Colleges*)[6], verzeichnen. Unter ihnen später so renommiert gewordene Einrichtungen wie das *Massachusetts Institute of Technology* (MIT, 1865), *Cornell University* (1865), *Johns Hopkins University* (1876), *University of Chicago* (1890) oder die *Stanford University* (1891). Im *kulturellen Bereich* wurden letztlich mit der Errichtung der ersten Wolkenkratzer in Chicago (1885)[7] und symbolträchtiger Bauwerke wie der Brooklyn Bridge in New York architektonische Meilensteine gesetzt. Mit Hilfe umfangreicher Spenden von vermögenden Industriellen gründeten sich zudem zahlreiche Museen und öffentliche Bibliotheken. Der Be-

---

3 Vgl. Porter, Glenn (1996): Industrialization and the Rise of Big Business, in: Calhoun, Charles W. (Hrsg.), Essays on the Origins of Modern America, Wilmington, DE, S. 9. Weitere einflussreiche, heute aber weniger bekannte, Industrielle waren Cyrus McCormick (Erntemaschinen), James B. Duke (Tabakindustrie) oder Gustavus Swift (Fleischverarbeitung).

4 Zwar schon 1876 von Alexander Graham Bell entwickelt, brauchte die Technologie im Vergleich zur Glühbirne länger für die letztliche Marktreife. Im Jahr 1884 verbanden dann die ersten Telefonkabel die Städte New York und Boston. Vgl. Fleming, James Rodger (1996): Science and Technology in the Second Half of the Nineteenth Century, in: Calhoun, Charles W. (Hrsg.), Essays on the Origins of Modern America, Wilmington, DE, S. 31.

5 Die Gründung des politikwissenschaftlichen Fachverbandes, der *American Political Science Association*, erfolgte hingegen im Jahr 1903 in Washington, D.C. und damit erst in der frühen Phase der *Progressive Era*.

6 Vgl. Hepp IV, John H. (2003): Colleges Universities, Art. in: Schlup, Leonard/ Ryan, James G. (Hrsg.), Historical Dictionary of the Gilded Age, New York, S. 101. Zudem steigerte sich kontinuierlich die Zahl der Studentinnen sowie die eigens für diese errichtete Bildungsanstalten (Vgl. ebd.), so beispielsweise das *Wellesley College*, das 1870 gegründet wurde.

7 Vgl. Nugent, Walter (2010): Progressivism. A Very Short Introduction, Oxford, S. 6 und 16.

stand Letzterer vergrößerte sich infolge immer günstiger werdender Drucktechniken[8] zusehends und wurde durch für den literarischen Betrieb enorm einflussreiche Werke von Henry James, William Dean Howells oder Mark Twain permanent erweitert. Angesichts der skizzierten Modernisierung und Fortentwicklung des Landes scheint alles dafür zu sprechen, die Jahrzehnte des ausgehenden 19. Jahrhunderts in den USA – wie so oft von Historikern auch für andere Zeiten und Orte vorgenommen – als *Goldenes Zeitalter* (The Golden Age) charakterisieren zu können.

1.2 The (First) Gilded Age

Mit der Veröffentlichung des Romans *The Gilded Age: A Tale of Today* im Jahr 1873 bieten zwei Zeitzeugen dieser Jahrzehnte – der eben angesprochene Mark Twain und Charles Dudley Warner – hingegen eine gänzlich andere Interpretation als die vorgeschlagene an. Wie der Titel des Romanes, der später von Historikern aufgegriffen und zum Namensgeber dieser Epoche werden sollte, bereits signalisiert, handelt es sich nicht um ein *goldenes*, sondern ein *vergoldetes* Zeitalter. Die angesprochenen wirtschaftlichen, technologischen und kulturellen Errungenschaften waren zwar nicht von der Hand zu weisen, doch sobald man an dieser (*vergoldeten*) Oberfläche zu kratzen begann, offenbarten sich die darunterliegenden Probleme und Herausforderungen der Zeit. In eben diesem Sinne geißelt die in Ko-Autorenschaft entstandene Schmähschrift die vorherrschende Korruption sowie Dominanz von ökonomischen Akteuren, zweifelhafte Vergabepraktiken von öffentlichen Ämtern, Geiz, fehlende Moral und die Gesellschaft immer weiter auseinander dividierende Ungleichheit ebenso, wie der als Ursache für diese Auswüchse verantwortlich gemachte übersteigerte Einfluss des Geldes in der Politik.[9] Und wie vergoldete Objekte einen

8 Vgl. Calhoun, Charles W. (1999): Moving beyond Stereotypes of the Gilded Age, in: Organization of American Historians Magazine of History, Jg. 13, H. 4, S. 4.

9 Vgl. Twain, Mark/ Dudley Warner, Charles (2001): The Gilded Age: A Tale of Today, New York, engl. Original 1873. Warner und Twain entlehnten den Begriff „gilded" Shakespeares Historiendrama *King John* (engl. Original 1595), wo es heißt: „To gild refined gold, to paint the lily" (zit. in: Wendy, Martin/ Tichi, Cecelia (2016): The Gilded Age and Progressive Era. A Historical Exploration of Literature, Santa Barbara, CA, S. 1). Als das Buch 1873 erschien, war Twain nur einer sehr kleinen Öffentlichkeit bekannt gewesen, weswegen Dudley Warners Name auf dem Cover der Originalausgabe zuerst erschien (ebd.). *The Gilded Age* stand und steht auch heute noch im Schatten Twains anderer Welterfolge.

geringeren materiellen Wert als rein goldene besitzen, so verlieren die Errungenschaften des späten 19. Jahrhunderts angesichts der eben skizzierten, und im Folgenden noch intensiver zu besprechenden Probleme, an Wertigkeit.

Zu den zentralen Pathologien hinter der glänzenden Fassade des ersten Gilded Ages zählte unbestritten die grassierende ökonomische Ungleichheit innerhalb der amerikanischen[10] Gesellschaft. Alexis de Tocqueville, der die USA 30 Jahre vor Ausbruch des Bürgerkrieges bereist hatte, beginnt seine einflussreiche Untersuchung *Democracy in America* mit der Beobachtung: „Among the novel objects that attracted my attention during my stay in the United States, nothing struck me more forcibly than the general equality of conditions."[11] Diese weitgehende Gleichverteilung von *conditions*, mit denen Tocqueville neben der ökonomischen Dimension natürlich auch auf die politische Gleichheit[12] anspielte, lässt sich bis in die 1860er Jahre weiterverfolgen. Doch mit der Industrialisierung, die „so much wealth to so few"[13] gebracht hatte, kam es zu einer grundlegenden Umverteilung von privaten Vermögen. Die industrielle Transformation des Landes führte somit zu einem deutlichen Anstieg von Millionären und enorm einflussreichen sowie wirtschaftlich expansiven Unternehmen (*trusts*), die eine unvergleichbare Monopolstellung genossen. Während im Jahr 1840 weniger als 20 Millionäre in den USA lebten, vervielfachte sich diese Zahl nach einer Veröffentlichung der *New York Tribune* aus dem Jahr 1892 um einen exponentiellen Faktor auf 4.047 Millionäre.[14] Der sich entfaltende und rechtlich weitestgehend unregulierte Kapitalismus bevorteilte damit vor allem eine Minorität an der Spitze der gesellschaftlich-ökonomi-

---

10 Um sprachliche Monotonie zu vermeiden, sollen im Folgenden die Begriffe USA, Vereinigte Staaten, Amerika und US-amerikanisch synonyme Verwendung finden. Jede sprachliche Spielart meint dabei die Vereinigten Staaten von Amerika.

11 Tocqueville, Alexis de (1959) [1835]: Democracy in America, 4. Aufl., S. 1.

12 Dabei ist jedoch nicht zu vergessen, dass das zu dieser Zeit nach wie vor fehlende Wahlrecht von Frauen und der schwarzen Bevölkerung einen blinden Fleck in den Betrachtungen Tocquevilles darstellen.

13 Für die bessere Lesbarkeit des Fußnotenapparates und der Bewahrung dessen aufgeräumten optischen Eindrucks, werden Onlinequellen im Folgenden ohne URL zitiert. Die exakte URL sowie das letzte Zugriffsdatum der Onlinequelle lassen sich jedoch der Bibliographie entnehmen. Das oben angeführte Zitat entstammt einem Interview mit Jack Beatty, Senior Editor des *Atlantic Magazines*. Beatty, Jack/ Bacon, Katie (Interviewer) (2007): The Dark Side of the Gilded Age, in: The Atlantic.

14 Vgl. Hofstadter, Richard (1955): The Age of Reform. From Bryan to F.D.R., New York, S. 136.

schen Pyramide. Laut einer Berechnung des *Census Bureaus* verfügten im Jahr 1892 neun Prozent der Familien über 71 Prozent des in den USA existierenden Gesamtvermögens. Die Verteilung der Vermögen spaltete die amerikanische Gesellschaft des späten 19. Jahrhunderts demnach in zwei Lager, die sich auch in Richard Hofstadters Konzept der *Two Nations* widerspiegeln. „On the one side are the allied hosts of monopolies, the money power, great trusts and railroad corporations, who seek the enactment of laws to benefit them and impoverish the people. On the other are the farmers, laborers, merchants, and all other people who produce wealth and bear the burdens of taxation."[15] Die Lager innerhalb der Gesellschaft können mit anderen Worten als Antagonismen zwischen der breiten Öffentlichkeit und den Plutokraten, den arbeitenden Massen und der Macht des Geldes, oder als Dualismus von „the robbers [versus, J.H.] the robbed"[16] beschrieben werden.

Mit *robbers* wird in diesem Kontext auf die sogenannten *robber barons* rekurriert. Bei diesen handelte es sich um vermögende Großindustrielle, wie die eingangs angesprochenen Morgan oder Rockefeller, gleichzeitig aber auch Großinvestoren wie Russel Sage und Jay Gould, Bankiers um Andrew W. Mellon oder Henry Clay Frick – dessen Unternehmen später mit Andrew Carnegies Stahlunternehmen zur *United States Steel Company* fusionierte – und Tom Scott, der in den 1870er Jahren als Vorsitzender der *Pennsylvania Railroad*, dem bis dato größten Unternehmen der Welt, vorstand. Aufgrund von selten moralischen Unternehmenspraktiken und Handlungsweisen, die von Skrupellosigkeit, Geiz, unethischem Verhalten und weitgehender Ignoranz gegenüber Interessen der eigenen Arbeiterschaft, aber auch Kunden und Mitbewerbern geprägt waren, wurde ihnen das Attribut des Raubrittertums (*robber barons* oder *robber knights*) zugeschrieben.[17] Ihre Vormachtstellung an der Spitze von komplexen, monopolartigen Unternehmenszusammenschlüssen, die ganze Industriezweige dominierten[18], erlaubte es ihnen, nicht nur Macht in der ökonomischen Sphäre auf die Angebotssituation und Preisbildung von Gütern und Wa-

15 Hofstadter (1955): The Age of Reform, S. 64.

16 Ebd. Richard Hofstadter hat diese Charakterisierung seinerseits von Jerry Simpson, einem populistischen (im Parteisinne) Mitglied des Repräsentantenhauses, der den siebten Wahlbezirk des Bundesstaates Kansas vertrat, übernommen.

17 Eine lesenswerte und vertiefende Einführung zum Thema *robber barons* bietet Josephson, Matthew (1962): The Robber Barons: The Great American Capitalists, Orlando, FL.

18 Durch Zusammenschlüsse ganzer Produktionsbereiche entstanden bis zur Jahrhundertwende „etwa 300 große Konzerne in Form von Trusts und Holdings mit

ren auszuüben, sondern ihr immer größer werdendes wirtschaftliches Gewicht auch im politischen Bereich geltend zu machen. Die Verschmelzung von ökonomischer und politischer Sphäre wird auch an einem Tagebucheintrag des 19. Präsidenten der USA, Rutherford B. Hayes (1877-1881) ersichtlich. Dieser notierte 1881, zwei Jahre vor dem 20. Jahrestag der *Gettysburg Address*: „[T]he excessive wealth in the hands of the few […], a maldistribution of property [and the, J.H] influence of money […] growing greater and greater […] in Congress, in state legislatures, in city councils, in the courts, in the political conventions […], this is a government of the people, by the people, and for the people no longer", und fügt kritisch an "[i]t is a government by the corporations, of the corporations, and for the corporations."[19]

Die Selbstbereicherungstaktiken und Transmissionen von ökonomischer und politischer Ungleichheit traten auch bei einer anderen Institution des Gilded Ages zum Vorschein: den *political machines*. Ausgelöst durch eine zunehmende Urbanisierung und dem fortwährenden Immigrationsstrom gerieten die Stadt- und Bundesstaatsverwaltungen immer mehr an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. An dieser Stelle setzten die *political machines* an, die unter Leitung eines *bosses*, dem wiederum zahlreiche *district leader* zugeordnet waren, standen, und die Verwaltung von Wohnungsbau und Mieten, gleichzeitig aber auch infrastrukturelle Aufgaben wie die Wasser- und Stromversorgung oder die Abfallbeseitigung übernahmen. Die Parteibosse, die zu dieser Zeit oftmals selbst zu aktiven Politikern wurden, schlossen dabei Verträge mit Unternehmern, welche die genannten Aufgaben als Dienstleistungen erfüllten und dafür monetär entlohnt wurden. Zur wichtigsten Aufgabe der Parteimaschinen gehörte es aber, bei Wahlen die Stimmenbeschaffung sicherzustellen, was angesichts der erst ab 1890 beginnenden Einführung des Wahlgeheimnisses (*secret ballot*) keine sonderlich große Hürde darstellte. Diese politische und finanzielle Unterstützung wurde, nachdem man Stadtverwaltungen oder Bundesstaatsregierung erst einmal unter Kontrolle gebracht hatte, mit der Ver-

---

jeweils über 10 Millionen Dollar Eigenkapital." Heideking, Jürgen/ Mauch, Christof (2008): Geschichte der USA, Tübingen, S. 173. Einer dieser industriellen Raubritter, Cornelius Vanderbilt, monopolisierte bis zu seinem Tod im Jahre 1877 die Verkehrsverbindungen zwischen New York, den Großen Seen und dem mittleren Westen (Vgl. ebd.).

19 Zit. in: Beatty (2007): Age of Betrayal, S. xv. Beattys Monographie gewährt einen eindrucksvollen und perspektivreichen Blick auf die enge Verflechtung von Geld und Politik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und besticht vor allem durch seinen enormen Quellenreichtum.

gabe von öffentlichen Ämtern und Aufträgen für Unternehmen honoriert.[20] Aus dieser engen Verflechtung von Politikern, Parteibossen und Unternehmern resultierte wenig verwunderlich ein dichtes Netzwerk aus Korruption, Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Ämtern sowie letztlich *graft*, womit die unmoralische Anwendung politischer Macht zu Zwecken der eigenen ökonomischen Selbstbereicherung gemeint ist.[21] Als Paradebeispiel solcher Parteimaschinen wird in aller Regel *Tammany Hall* angeführt, die unter Leitung von William „Boss" Tweed maßgeblich an der Verwaltung der Stadt New York beteiligt war.

Die Prosperität von ökonomischen Interessen sowie die rechtliche Stellung von Unternehmen im politischen System wurde dabei nicht nur von Netzwerken wie den Parteimaschinen unterstützt, sondern erhielt gleichwohl durch Entscheidungen des Obersten Gerichtes der USA juristische Weihen. Deutlich wurde dies an der unternehmensfreundlichen und schon zu dieser Zeit als konservativ einzustufenden Verfassungsinterpretation im Urteil *Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad* (1886). Ausgangspunkt des Rechtsstreits war die im Prinzip enge juristische Frage, ob das County Santa Clara die *Southern Pacific Railroad Company* korrekt besteuert habe. Denn neben dem materiellen Wert von Waggons und verlegten Schienen, bezog das County auch Grenzzäune und die sie umgebenden Gebiete in das zu versteuernde Eigentum des Unternehmens ein. Das von prominenten Anwälten vertretene Eisenbahnunternehmen war von der Irregularität dieser Besteuerung überzeugt und die Advokaten verwiesen darauf, dass niemand sonst auf diese Art und Weise taxiert werde.[22] Juristisch bedeutend wurde der Fall durch den Versuch der Anwälte, den 14. Zusatzartikel der Verfassung als Rechtsquelle für die Urteilsbildung stark zu machen. Dieser eigentlich das Leben, die Freiheit und das Eigentum von *natürlichen Personen* schützende Verfassungszusatz, müsse auch bei der Urteilsfindung des vorliegenden Falles zur Anwendung kommen. Offenkundig zeigte sich der Oberste Richter, Morrison R. Waite, von dieser Rechtsinterpretation überzeugt und ließ außerhalb des Protokolls verlauten „the Court did not wish to hear argument on the question whether

---

20 Heideking/ Mauch (2008): Geschichte der USA, S. 177.

21 Vgl. Summers, Mark W. (2004): Party Games. Getting, Keeping and Using Power in Gilded Age Politics, Chapel Hill, NC, S. 105. Der Begriff *graft* kann als „Mauschelei" ins Deutsche übertragen werden.

22 Vgl. Matys, Thomas (2010): Corporations in den USA. Kämpfe um Etablierung zwischen königlicher Charter und Industrialisierung, in: Endreß, Martin/ Matys, Thomas (Hrsg.), Die Ökonomie der Organisation – die Organisation der Ökonomie, Wiesbaden, S. 141f.

the Fourteenth Amendment applies to such corporations as are parties in these suits. […] We are all of the opinion that it does."[23] Die juristischen Konsequenzen waren damit klar: Aus einer inhaltlich engen Steuerrechtsfrage war ein juristischer Streitfall über grundlegende Verfassungs- und Menschenrechte entbrannt. Unternehmen als *juristische Personen* konnten fortan dieselben Rechte wie *natürliche Personen* genießen, was im Detail bedeutete, dass sie ebenfalls unter den Schutz der *equal protection clause* des 14. Verfassungszusatzes fallen und die *Southern Railroad Company* im Sinne des vorliegenden Falles unrechtmäßig besteuert wurde. Besondere Brisanz erhielt das Urteil letztlich durch den Umstand, dass *corporations* im 14. Zusatz der Verfassung mit keiner Silbe erwähnt werden und die Richter um *Chief Justice* Waite keinerlei Präzendenzfälle oder juristische Begründungen für die Urteilsbildung geliefert hatten.[24]

An der breiten Bevölkerung gingen die geschilderten Entwicklungen, angefangen bei der rapide steigenden Ungleichheit, bis hin zur juristischen Gleichsetzung von natürlichen und juristischen Personen, natürlich nicht unbemerkt vorüber. Ganz im Gegenteil: Je mehr sich das Jahrhundert dem Ende entgegen neigte, umso spürbarer wurden die Effekte der *corporate power* und die Überholtheit der tocquevillschen Beobachtung der *equality of conditions*. Der Gilded Age-Historiker Walter Nugent hält in diesem Zusammenhang fest: „the bigger corporations became, the smaller the average worker and farmer felt, far smaller in comparison to the rich and powerful than they had ever been" und fügt an „as individuals they saw themselves helpless against the power of corporations."[25] Verstärkt wurden diese Eindrücke durch immer häufiger auftretende Depressionen und wirtschaftliche Krisenerscheinungen. So folgte nur 20 Jahre nach dem Einbruch des amerikanischen Finanzmarktes im Jahr 1873, dessen Auswirkungen auch auf der anderen Seite des Atlantiks unter dem Namen des *Gründerkrachs* Wellen schlugen, mit der *Panic of 1893* eine weitere wirtschaftliche Depression. Mit welcher Wucht die Krise, welche über mehrere Jahre andauern sollte, die Vereinigten Staaten traf, lässt sich an dem Fakt ablesen, dass in der Zeit zwischen 1893 und 1897 insgesamt 18% der Arbeitskräfte ihre Anstellung verloren. Tausende der hunderttausenden Farmen

23 Blau, Judith/ Moncada, Alberto (2006): Justice in the United States, Lanham, MD, S. 8.

24 Vgl. Matys, Thomas (2011): Legal Persons – „Kämpfe" um die organisationale Form, Wiesbaden, S. 142f. Vgl. dazu auch O'Connor, Alice (2010): Beyond the "American Dream": Democracy and Economic Citizenship in the Second Gilded Age, Santa Barbara, CA, S. 3.

25 Nugent (2010): Progressivism, Oxford, S. 11 und 14.

mussten aufgegeben werden und Zwangsvollstreckungen sowie Bankrotte zerrütteten Handel, Privatvermögen und damit auch ganze Familien.[26] In der breiten Bevölkerung verstetigte sich im Laufe der Jahre zunehmend das Gefühl von Besorgnis und Angst. Angst vor dem sozialen Abstieg; Angst vor der Verelendung – wie sie eindrücklich durch Jacob Riis' photojournalistisches Werk *How the Other Half Lives*[27] (1890) – beschrieben wurde; Angst vor weiteren Depressionen und damit verbundener Arbeitslosigkeit; Angst vor Überfremdung und neuen Immigranten von bisher unbekannter Herkunft aus Osteuropa oder Asien; Angst vor der *corporate power* und der Massierung von Kapital[28]; Angst vor gewaltsamen Streiks wie dem *Great Railroad Strike* (1877), bei dessen gewaltsamer Niederschlagung über 100 Menschen ihr Leben verloren[29]; aber auch Angst davor, dass es wie in Europa zu einer Herausbildung gesellschaftlicher Klassen kommt und einem damit letzten Endes das amerikanische Experiment aus den Händen gleitet.

Der sich auf verschiedene Arten äußernde übermäßige Einfluss des großen Geldes stellte demnach die für das politische und gesellschaftliche Sys-

---

26 Ebd., S. 26. Bis zur *Great Depression* der Jahre 1929-41, sollte die USA keine größere wirtschaftliche Depression mehr erleben.

27 Vgl. Riis, Jacob A. (1997): How the Other Half Lives. Studies Among the Tenements of New York, New York, engl. Original 1890. Riis zählte zu den so genannten *Muckrackern*, investigativen Journalisten, welche die sozialen und ökonomischen Verwerfungen ihrer Zeit aufdeckten, beschrieben und somit einer breiten Öffentlichkeit schilderten. Zum bekanntesten Werk dieses Genres zählt zweifelsohne Sinclair, Upton (1985): The Jungle, New York, NY, engl. Original 1906.

28 Der 1890 vom Kongress verabschiedete *Sherman Antitrust Act*, welcher einerseits der weiteren Ausbreitung von Monopolen einen Riegel vorschieben wollte, und andererseits eine unmittelbare Antwort auf gesellschaftliche Forderungen gewesen war, verfehlte seine politischen Intentionen weitestgehend. Vgl. Gould, Lewis L. (2001): Gilded Age, in: Boyer, Paul S. (Hrsg.), The Oxford Companion to United States History, Oxford, S. 309.

29 Der Streik brach aus Protesten gegenüber Lohnkürzungen in West Virginia los und weitete sich bald auf das ganze Land aus. Seitens der Eisenbahngesellschaften antwortete man auf die Proteste mit Massenentlassungen, was nur zu einer weiteren Befeuerung des Konflikts führen sollte. Nach weiteren anhaltenden schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Bundesstaatsmilizen – unter anderem in Pittsburgh, Chicago und St. Louis – befahl Präsident Rutherford B. Hayes letztlich den Einsatz von Bundestruppen, um die Streiks niederzuschlagen. Vgl. Heideking/ Mauch (2008): Geschichte der USA, S. 185. Wie Heideking und Mauch weiter berichten, entstanden im Umfeld des Streiks „die ersten unabhängigen Arbeiterparteien, die sich an lokalen und regionalen Wahlen beteiligten", Ebd.

tem größte Herausforderung dar. Immer weiter sinkendes Vertrauen in politische Institutionen[30] und der fehlende Glaube an ein responsives demokratisches Regierungssystem stellte Stabilität wie Erfolg der amerikanischen Demokratie zusehends in Frage. Die sich ergebende Repräsentationslücke der Interessen von Farmern und der Arbeiterschaft im amerikanischen Parteiensystem wurde mit der Gründung der *Populist Party* (offiziell: *The Peoples's Party*) zum Teil geschlossen. Ursprünglich aus der Unzufriedenheit von Farmern über den zunehmenden Preisverfall von agrarischen Produkten und der weiter zunehmenden Deflation hervorgegangen, nahm die Partei in den Jahren zwischen 1892 und 1896 einen Platz auf dem linken Flügel des Parteiensystems ein. In der Präambel des auf dem Gründungsparteitag in Omaha, NE verabschiedeten Parteiprogrammes, wird die Kritik an den aktuellen Zuständen dann mit Händen greifbar. So heißt es an zentraler Stelle:

> „The conditions which surround us best justify our co-operation; we meet in the midst of a nation brought to the verge of moral, political, and material ruin. Corruption dominates the ballot-box, the Legislatures, the Congress, and touches even the ermine of the bench. The people are demoralized; most of the States have been compelled to isolate the voters at the polling places to prevent universal intimidation and bribery. The newspapers are largely subsidized or muzzled, public opinion silenced, business prostrated, homes covered with mortgages, labor impoverished, and the land concentrating in the hands of capitalists. The urban workmen are denied the right to organize for self-protection, imported pauperized labor beats down their wages […]. The fruits of the toil of millions are boldly stolen to build up colossal fortunes for a few, unprecedented in the history of mankind; and the possessors of those, in turn, despise the republic and endanger liberty. From the same prolific womb of governmental injustice we breed the two great classes – tramps and millionaires […]. We believe that the power of government – in other words, of the people – should be expanded […] as rapidly and as far as the good sense of an intelligent

30 Der Historiker Richard Hofstadter fing diesen Vertrauenslust wie folgt ein: „It was still harder to bear at a time when every fortune, every career, every reputation, seemed smaller and less significant because it was measured against the Vanderbilts, Harrimans, Goulds, Carnegies, Rockefellers and Morgans." Vgl. Hofstadter (1955): The Age of Reform, S. 138.

> people and the teachings of experience shall justify, to the end that oppression, injustice, and poverty shall eventually cease in the land."[31]

Es war William Jennings Bryan, welcher die in der *Omaha Platform* zum Ausdruck gebrachten Anklagen und Forderungen, mit anderen Worten den inhaltlichen Impuls der Populisten, in die Programmatik der Demokratischen Partei implementierte. Ähnlich wie in den Narrationen der *Populists* findet sich auch bei Bryan der Ansatz, dass die Regierung nicht nur als stärkerer Anwalt der Menschen auftreten solle, sondern die Regierung selbst von den selbstbereichernden Händen der *trusts* und der Wall Street losgelöst, und wieder in die Hände der normalen Bürger gelegt werden müsse. Für viele Historiker stellte dieser programmatische Kurswechsel eine langfristige Weichenstellung innerhalb der demokratischen Partei dar – so werden später auch Präsidenten wie Woodrow Wilson, Franklin D. Roosevelt oder Harry S. Truman dem von William Jennings Bryan eingeschlagenen Weg folgen.[32] Auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten im Juli 1896 in Chicago hält Bryan, der ein begnadeter Redner war, mit seiner *Cross of Gold Speech* dann eine der wichtigsten politischen Reden in der Geschichte der USA. In dieser setzte er sich mit der Passage „you shall not crucify mankind upon a cross of gold" nicht nur für Bimetallismus und gegen die Einführung des Goldstandards ein, sondern entwarf zwei konkurrierende Modelle der Regierung: „There are two ideas of government. There are those who believe that if you just legislate to make the well-to-do prosperous, that their prosperity will leak through on those below. The Democratic idea has been that if you legislate to make the masses prosperous their prosperity will find its way up and through every class that rests upon it."[33] Die im Wesentlichen mit währungspolitischen Fragestellungen befasste Rede Bryans verknüpfte den zukünftigen Erfolg des amerikanischen Experimentes demnach sowohl mit der Befürwortung der Koexistenz von Gold und Silber als auch mit der strengen Orientierung von politischen Entscheidungen an der breiten Masse, die aufgrund der Bevorzugung dominanter ökonomischer Akteure zu lang benachteiligt wurde. Bryans *Cross of Gold Speech* wurde von den Delegierten mit frenetischem Jubel bedacht und führte letztlich zur Nominierung des aus Nebraska stammenden Bewerbers zum demokratischen Präsidentschaftskandida-

---

31 Hagenstein, Edwin/ Gregg, Sara M./ Donahue, Brian (2011): American Georgics. Writing on Farming, Culture and the Land, New Haven, CT., S. 188f.

32 Beatty/ Bacon (2007): The Dark Side of the Gilded Age.

33 Bensel, Richard Franklin (2008): Passion and Preferences. William Jennings Bryan and the 1896 Democratic National Convention, Cambridge, UK, S. 231f.

ten des Jahres 1896. Mit gerade einmal 36 Jahren – und damit nur knapp über dem von der Verfassung vorgesehenen Mindestalter für das Präsidentenamt – war Bryan der jüngste Bewerber um das höchste Staatsamt in der Geschichte der USA. Durch die Übernahme zentraler inhaltlicher Punkte seitens der Demokraten, begann die Populistische Partei auf Bundesebene an Popularität und damit Bedeutung zu verlieren. Schlussendlich entschlossen sich die Populisten im Wahlkampf 1896 gar dazu, die Kandidatur William Jennings Bryans zu unterstützen, schickten mit Thomas E. Watson aber einen eigenen Vizepräsidentschaftskandidaten ins Rennen.

Der Wahlkampf von 1896

Die bis hierhin geschilderten ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungen des ersten Gilded Ages kulminierten dann im Wahlkampf von 1896, der sich zu einem der meistbetrachteten aber auch komplexesten Wahlkämpfe in der Geschichte der USA entwickeln sollte. Hierfür können mehrere Ursachen angeführt werden: Erstens kam es innerhalb des Elektorates zu einem langfristigen *realignment*, die V. O. Key in seiner für die empirische Wahlforschung enorm einflussreichen Studie *A Theory of Critical Elections*[34] erstmalig studiert und näher beschrieben hatte. Zweitens war vor allem auf republikanischer Seite eine grundlegende Modernisierung der Wahlkampfführung zu beobachten. Jene Modernisierungsmaßnahmen waren aber auf einen nicht unwesentlichen Faktor angewiesen: Wahlkampfspenden, die den Hauptuntersuchungsgegenstand der vorliegenden Dissertation darstellen. Schließlich, und drittens, war der Wahlkampf des Jahres 1896 ein besonders intensiv und hart geführter Wettbewerb um das Präsidentenamt, bei dem sich auf demokratischer Seite William Jennings Bryan, der eine Kampagne in Anwaltschaft der einfachen Arbeiter gegen die Plutokraten betrieb, und auf republikanischer Seite William McKinley, dem unternehmerfreundlichen Gouverneur aus Ohio, der das Vertrauen der wirtschaftlichen Elite hinter sich vereint wusste, gegenüberstanden. Die schon angesprochene Modernisierung der Wahlkampfführung sowie die Rolle der enorm angestiegenen Wahlkampfspenden, welche die Verflechtung von Finanzelite und Politik bei Wahlen – dem Herzstück von Demokratien – noch sichtbarer werden ließ, soll am Beispiel des Wahlkampfes von 1896 Gegenstand der weiteren Ausführungen sein.

---

34 Key, V. O. (1955): A Theory of Critical Elections, in: The Journal of Politics, Jg. 17, H. 1, S. 3-18.

Fernab der beiden Kontrahenten McKinley und Bryan, ist das Gravitationszentrum des Wahlkampfes von 1896 unübersehbar mit einem Namen verbunden: Marcus (kurz: Mark) Alonzo Hanna. Wie kein Zweiter sollte Hanna, der wie McKinley aus Ohio stammte und ein langjähriger Vertrauter des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers war, Einfluss auf die strategische Wahlkampfführung, deren organisatorische Umsetzung sowie dessen Finanzierung nehmen. Hanna selbst war ein erfolgreicher Unternehmer, der durch Eisenerzbergbau, Investitionen in die Stahlindustrie und als Leiter des eigenen Familienunternehmens zu beachtlichem Reichtum gelangte.[35]

Vor dem Wahljahr 1896 wurden Präsidentschaftswahlkampagnen in aller Regel von den Parteien und deren Komitees selbst organisiert sowie gesteuert. Hanna, der von McKinley zum Wahlkampfmanager ernannt wurde, wich von dieser parteizentrierten Vorgehensweise ab, und leitete die Kampagne unabhängig von der Republikanischen Partei in Eigenregie.[36] Ausgehend von seinen Erfahrungen als Unternehmer richtete Hanna die Kampagne dabei maßgeblich nach ökonomischen Grundsätzen aus. Im Nachgang der Wahl fügte er diesbezüglich an: „I have run the campaign as nearly as possible on business principles."[37] Dies bedeutete allen voran, dass Wahlwerbung auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten wurde und gänzlich neue Methoden der Wahlwerbung zur Anwendung kamen – einige von ihnen kommen noch heute und sogar im Bereich der digitalen Wahlkampfführung und des *micro-targeting*[38] verwendet.[39] Angesichts der stetig wachsenden sozialen, kulturellen, ethnischen und religiösen Hetero-

35 Vgl. Brown, Heath (2016): Pay-to-Play Politics. How Money Defines the American Democracy, Santa Barbara, CA, S. 124.

36 Vgl. Frolik, Joe (2012): How Ohio made a president: Mark Hanna of Cleveland created modern politics in 1896, in: The Plain Dealer vom 16.10.2012.

37 Crossen, Cynthia (2004): The Man Who Made Political Campaigns All About Money, in: The Wall Street Journal vom 24.03.2004.

38 Beim *micro-targeting* werden aufwendig gesammelte personenbezogene Daten dazu genutzt, um „Wähler einstellungsbezogen verorten zu können, die Schwerpunkte der Kampagne entsprechend zu setzen und Kampagnenbotschaften zielgerichtet zuzustellen." Mit anderen Worten handelt es sich also um „maßgeschneiderte Kommunikation, abgestimmt auf die individuellen Interessen und Ansichten der einzelnen Wähler. So ist es möglich, regional und individuell zugeschnittenen Wahlkampf zu betreiben und bestimmte Gruppen gezielt mit den wirksamsten Wahlwerbemitteln anzusprechen." Siehe hierfür Keding, Ole (2015): Online-Kommunikation von Organisationen. Strategisches Handeln unter komplexen Bedingungen, Wiesbaden, S. 134.

39 Frolik (2012): How Ohio made a president.

genität als auch der rein geographischen Größe des Landes, wurde die innovative direkte Zielgruppenansprache ein fundamentaler Bestandteil von McKinleys Kampagne. In Anbetracht der hohen Gewinnchancen, die dem Demokraten William Jennings Bryan in der Mitte des Jahres 1896 zugesprochen wurden, multiplizierten Hanna und sein Wahlkampfteam die gruppenspezifische Wähleransprache mit einem zusätzlichen Faktor – Quantität. Herbert Croly berichtet in seiner wunderbaren Biographie über Marcus Alonzo Hanna davon, dass die Wahlkampagne McKinleys mehr als 120 Millionen Wahlkampfflyer drucken ließ, und diese von Kampagnenmitarbeitern sowohl in deutscher, französischer, spanischer, italienischer, schwedischer, norwegischer, dänischer, niederländischer und hebräischer Sprache verteilt wurde.[40] Zum Vergleich: die Zahl der wahlberechtigten Bürger im Jahr 1896 betrug knapp 14 Millionen[41], und der vier Jahre später erhobene Zensus stellte fest, dass im Jahr 1900 rund 76 Millionen Einwohner in den USA lebten.[42] Printwerbung sollte jedoch nicht die einzige Form der Wähleransprache bleiben. Um potentielle Wähler von den politischen Positionen und der Persönlichkeit McKinleys zu überzeugen, engagierte Hanna mehr als 1.400 geschulte Redner, die in jedem Winkel des Landes nach einem standardisierten Muster Wahlkampf für den republikanischen Präsidentschaftsbewerber betrieben. In aller Regel wurde versucht, die Auftritte dieser „Botschafter" McKinleys mit der effektiven Verteilung von Wahlkampfheften und -material zu verbinden.[43] Diese an die kommerzielle Massenwerbung angelehnte Strategie wendete man vor allem in Wahlkreisen und Regionen an, deren Wahlausgang als unsicher galt.[44] „[R]etail politics – local and face to face – became wholesale politics: centralized informational campaigns of brochures, standardized newspaper stories and uniform messages."[45] Darüber hinaus organisierte McKinleys-Wahlkampagne, welche über zwei Headquarters, eines in New York und eines in Chicago verfügte (was wiederum selbst ein Novum gewesen war), nicht nur eine strategische Entsendung der über tausend Redner in alle

40 Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, New York, S. 217, engl. Original 1912. Manche Quellen sprechen sogar von 250 Millionen Broschüren, Vgl. Heideking/ Mauch (2008): Geschichte der USA, S. 177.
41 Frolik (2012): How Ohio made a president.
42 Vgl. U.S. Census Bureau (2002): Census 2000 Special Reports: Demographic Trends in the 20th Century, Washington D.C., S. 11.
43 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 217.
44 Vgl. Brown (2016): Pay-to-Play Politics, S. 124.
45 White, Richard (2015): Welcome to the bald old days of American politics – only worse, in: Reuters News vom 21.01.2015.

Landesteile, sondern bemühte sich auch um Personenverkehr aus der entgegenkommenden Richtung. Anders als sein demokratischer Herausforderer, der anstelle von geschulten Rednern alle Regionen des Landes selbst bereiste und bei Wahlkampfauftritten seine politischen Vorstellungen und Ideen ans Volk brachte, zog es McKinley, ganz in der Tradition einer *front porch campaign* vor, zu Hause zu bleiben, und Gruppen von Unterstützern zu empfangen sowie gelegentlich mit der Presse in Kontakt zu treten.[46] Im Falle des Wahljahres 1896 erhielt diese Praktik jedoch gänzlich neue Dimensionen. Da McKinley nicht zu den Wählern (zumindest nicht persönlich) ging, sondern die Wähler zu McKinley kamen und Hanna auch hier den Effekt der Massenbewerbung ins Spiel bringen wollte, kam es dazu, dass mehrfach pro Woche nicht nur kleinere Delegationen der republikanischen Partei(en) aus allen Teilen des Landes nach Canton, Ohio kamen, sondern ganze Ströme von potentiellen Wählern.[47] Hanna, der auf gute Beziehungen zu den *railroad robber barons* zurückgreifen konnte, hatte mit diesen einen erheblichen Fahrkartenpreisnachlass für weniger vermögende Bürger ausgehandelt. So kam es, dass zwischen der Mitte des Sommers und dem Wahltag am 03.11.1896 mehr als 750.000 potentielle Wähler, die meisten von ihnen waren vom populistischen Kurs des Demokraten Bryan wenig überzeugt, zu McKinleys Anwesen in der *Market Street* kamen.[48] In Anbetracht der schon oben benannten 14 Millionen Wahlberechtigten zu dieser Zeit, ist auch dies als eine enorme Leistung der Wahlkampagne zu bewerten.

Doch ähnlich wie beim Marketing in Unternehmen, ist auch das Wahlkampfmarketing ein kostenintensiver Posten in der Kampagnenbilanz und macht nicht erst seit dem 21. Jahrhundert den Löwenanteil der Ausgaben für Wahlkämpfe aus. Im Falle von McKinleys Präsidentschaftskampagne schlugen die Kosten für über 275 verschiedene Printwerbematerialien mit 472.000 US-Dollar, für Redner mit 140.000 US-Dollar und die Ausgaben für *State Committees* mit 903.000 US-Dollar zu Buche.[49] Für die Kostendeckung dieser Ausgabeposten war ausschließlich Mark Hanna zuständig, der aufgrund seiner überaus erfolgreichen Spendensammelaktivitäten von einem der einflussreichsten Cartoonisten seiner Zeit, Homer Davenport,

46 Vgl. Coleman, Kevin J./ Cantor, Joseph E./ Neale, Thomas H. (2004): Presidential Elections in the United States: A Primer, in: Avaliktos, Neal (Hrsg.): The Election Process Revisited, Hauppauge, NY, S. 220.
47 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 215.
48 Vgl. Frolik (2012): How Ohio made a president.
49 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 221.

welcher für das *New York Journal* arbeitete, auch unter dem Spitznamen „Dollar Mark" bekannt werden sollte. So wie Hanna die Organisation und Führung von Wahlkampagnen revolutioniert hatte, so revolutionierte er auch das Fundraising. Während Hanna die Kosten für die Nominierung McKinleys als Präsidentschaftskandidaten, die sich auf 100.000 US-Dollar beliefen, weitestgehend aus eigener Tasche bezahlte und nur geringe Summen von anderen Geldgebern einsammelte[50], setzte er im Hauptwahlkampf auf eine vollständig andere Strategie – und das, wie sich zeigen sollte, mit Erfolg. Um die hohen benötigten Summen einzutreiben, machte sich Hanna auf dem Weg nach New York, um nicht nur an der Wall Street ansässige Plutokraten, sondern auch vermögende *robber barons* und einflussreiche *trusts* aus den unterschiedlichsten wirtschaftlichen Sektoren von Geldspenden zu überzeugen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten öffnete ihm der Eisenbahngesellschafter James J. Hill, der Hanna mit den eben genannten Akteuren vertraut machte, als *gatekeeper* die Tür zu einem finanzstarken Netzwerk aus Geldgebern.[51] Zum ersten Mal in der Geschichte der Wahlkampffinanzierung hatte man damit seitens einer Präsidentschaftswahlkampagne effektiv ökonomische und unternehmerische Geldquellen angezapft.[52] McKinleys Wahlkampfmanager führte den potentiellen Geldgebern vor Augen, dass im Falle der Wahl William Jennings Bryans, die populistisch-demokratische Parole *free silver* tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden könnte, was den Unternehmen, die in aller Regel Anhänger des Goldstandards waren, ein Dorn im Auge gewesen wäre.[53] Schenkt man Berichten aus dieser Zeit Glauben, warb Hanna unter potentiellen Geldgebern auch mit dem Hinweis, dass die Interessen von Spendengebern – seien es ökonomische oder private – bei der späteren Politikformulierung und Gesetzgebung berücksichtigt werden würden.[54] Ganz im Sinne präzisierter ökonomischer Methoden schlug Hanna den großen Unternehmen und Banken als Orientierungswert vor, 0,25% ihres Vermögens an McKinley zu spenden.[55] Homer Davenport sollte mit seiner satirischen Darstellung von „Dollar Mark", der für gewöhnlich mit Dollarzeichen übersäte Anzüge trug, die aufgrund seiner ausladenden Körperform – was zu dieser

50 Vgl. Mutch, Robert E. (2016): Campaign Finance, What Everyone Needs to Know, New York, S. 21f.
51 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 221f.
52 Vgl. Frolik (2012): How Ohio made a president.
53 Vgl. Brown (2016): Pay-to-Play Politics, S. 19.
54 Potter, Wendell/ Penniman, Nick (2016): Nation on the Take. How Big Money Corrupts Our Democracy, New York, S. 23f.
55 Vgl. Mutch (2016): Campaign Finance, S. 22.

Zeit mit oft mit Reichtum gleichgesetzt wurde – großzügig geschnitten waren, Recht behalten. Der Spendenzustrom zu McKinleys Wahlkampagne kam einer Flut von Geld gleich, was Hanna postwendend dazu motivierte, auch nicht in New York ansässige Großunternehmer, *robber barons* und *trusts* im ganzen Land um Spenden zu bitten.[56] Bemerkenswert an dieser Spendenflut war, dass Personen Geld investierten, die bisher weder politisch aktiv waren, kein Interesse an einem politischen Amt hatten oder im Sinne der Ämterpatronage einen einflussreichen Posten anstrebten – eine dieser Personen war John Pierpont Morgan, der Kopf des modernen Finanzkapitalismus.[57]

In Anbetracht der durch Mark Hanna revolutionierten Kampagnenführung und Fundraisingstrategien mag es wenig verwundern, dass die Wahl von 1896 einen Meilenstein in der Entwicklung der Wahlkampffinanzierung darstellt. Die Dimensionen der insgesamt aufgebrachten Summe, aber auch die Höhe der getätigten Einzelspenden von Unternehmen, sind bei genauerem Hinsehen jedoch ohne Zweifel als echter „watershed moment"[58] zu charakterisieren. Allein die *J. P. Morgan Bank* sowie die *Standard Oil Company* überwiesen jeweils 250.000 US-Dollar an den Kandidaten der *Grand Old Party*, wobei der Vorsitzende des Ölkonzerns, John D. Rockefeller, der zusammen mit Hanna an der *Cleveland High School* in Ohio die Schulbank gedrückt hatte, diesbezüglich zu Protokoll gab: „I can see nothing else to do, to serve our Country and our honour."[59] Der Versicherungskonzern *New York Life* steuerte 50.000 US-Dollar bei und der *railroad robber baron* E. H. Harriman investierte 35.000 US-Dollar. Ergänzt wurden diese Individualspenden durch die Eisenbahngesellschaft *Illinois Central* (35.000 US-Dollar), eine in Philadelphia ansässige Bank (25.000 US-Dollar) und den Stacheldrahthersteller John W. Gates (12.500 US-Dollar).[60] Nach Aussage des damaligen *Republican National Committee* Schatzmeisters, Cornelius N. Bliss, haben mit einer einzigen Ausnahme alle Ban-

56 Vgl. Wiebe, Robert H. (1967): The Search for Order: 1877-1920, New York, S. 104.
57 Vgl. Mutch (2016): Campaign Finance, S. 26.
58 Potter/ Penniman (2016): Nation on the Take, S. 24.
59 Kelly, Patrick J. (2004): The Election of 1896 and the Restructuring of Civil War Memory, in: Fahs, Alice/ Waugh, Joan (Hrsg.), The Memory of the Civil War in American Culture, Chapel Hill, NC, S. 187.
60 Vgl. Brown (2016): Pay-to-Play Politics, S. 119 sowie Crossen (2004): The Man Who Made Political Campaigns All About Money.

ken und *trusts* Wahlkampfspenden an McKinleys-Kampagne getätigt. Ähnlich verhielt es sich mit der Majorität der Versicherungsgesellschaften.[61]

Aufgrund einer damals noch fehlenden Bundesbehörde zur Überwachung der Wahlkampffinanzierung sind mit Blick auf die Gesamtkosten der Präsidentschaftswahl von 1896 kaum verlässliche Zahlen zu finden. Dementsprechend groß ist die Spannweite der Angabe: so finden sich in der Literatur Kosten von 3,5[62] über 6 beziehungsweise 12[63] bis hin zu 16 Mio. US-Dollar[64]. Zahlen, die sich auf Summen über 10 Mio. US-Dollar belaufen, wurden jedoch ausschließlich von *yellow journals* (Regenbogenpresse) angeführt, weswegen deren Korrektheit angezweifelt werden muss.[65] Demgegenüber belaufen sich die Angaben über die Zuwendungen zur Kampagne von William Jennings Bryan übereinstimmend auf 600.000 US-Dollar.[66] Selbst wenn man die konservativste Angabe von 3.500.000 US-Dollar als Grundlage weiterer Berechnungen nimmt, lassen sich daraus beeindruckende Erkenntnisse und Vergleiche ziehen. Da das *Bureau of Labor Statistics* erst während der hochinflatorischen Phase des Jahres 1917 mit der Berechnung des *Consumer Price Indexes* (CPI) begonnen hatte und sich die ersten erhobenen Zahlen maximal auf das Jahr 1913 reliabel zurückprojizieren ließen, ist eine Inflationsanpassung auf Grundlage des Jahres 1896 leider unmöglich.[67] Ausgangswert der im Folgenden angestellten Berechnungen ist demnach das Jahr 1913. Inklusive der Unschärfe von 17 Jahren Zeitunterschied würden die 3,5 Mio. US-Dollar von 1896 einem

61 Vgl. Mutch (2016): Campaign Finance, S. 22.
62 Vgl. Frolik (2012): How Ohio made a president.
63 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 220.
64 Vgl. Beatty, Jack (2007): A Sisyphean History of Campaign Finance Reform, in: The Atlantic, Juli Ausgabe. Nicht einberechnet sind dabei Geldwerte, die sich aus besonderen Abmachungen zwischen Hanna und dem Geldgebernetzwerk ergaben. Als Beispiel kann der Preisnachlass auf Eisenbahntickets für Wähler gelten, die nach Ohio reisen wollten, um sich einen eigenen Eindruck vom republikanischen Kandidaten zu verschaffen, angeführt werden. Ein anderes Beispiel stammt aus der Versicherungsbranche. Um demoskopische Informationen zu erhalten kam George Perkins von der *New York Life Insurance Company* auf die Idee, Dokumente des Konzerns mit einer Umfrage zu versehen. Darin wurde unter anderem erfasst, wer nach Meinung des Kunden die Wahl des Jahres 1896 für sich entscheiden würde. Als Dank erhielt der Befragte ein Buch mit den Portraits aller bisherigen Präsidenten. Vgl. Mutch (2016): Campaign Finance, S. 24.
65 Vgl. Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 220.
66 Vgl. Beatty (2007): A Sisyphean History of Campaign Finance Reform.
67 Im Internet finden sich zwar einige Seiten, die Inflationsberechnungen, die bis zum Jahre 1800 zurückreichen, anbieten, doch produzierten einige Proberechnungen Ergebnisse, die nicht reliabel wirkten.

heutigen Wert (Stand 2017) von 86,12 Mio. US-Dollar entsprechen. Damit könnten zwar keinesfalls die Kosten für eine Präsidentschaftswahlkampagne gedeckt werden, aber sehr wohl die Ausgaben für einen engen Senatswahlkampf. Eine andere Methode, die Gesamtkosten von Wahlen zu beurteilen, ist die Möglichkeit, die Gesamtsumme ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (engl. GDP für *gross domestic product*) des jeweiligen Jahres zu setzen. Auch hier ist die Datenlage nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten, aber mit Hilfe der Webseite www.usgovernment-revenue.com, welche fehlende historische Werte mit Hilfe von Interpolationen berechnet, lassen sich die beiden Wahljahre (unter Vorbehalt) besser vergleichen. So machten die Gesamtwahlkosten des Jahres 1896 $2{,}23*10^{-4}$ % des GDP desselben Jahres aus, die Wahlkampfkosten des Duells Clinton-Trump hingegen nur $1{,}43*10^{-4}$ % des GDP aus dem Jahr 2016.[68] Gemessen am Bruttoinlandsprodukt war die Wahl McKinleys demnach deutlich teurer als diejenige des 45 US-Präsidenten. Darüber hinaus haben sich die USA in den letzten 121 Jahren radikal geändert, das betrifft nicht nur die generelle Einwohnerzahl (VAP, *voting age population*) sondern auch die Veränderung der Medienlandschaft und damit potentieller weiterer Absatzmärkte für Wahlwerbung. Im späten 19. Jahrhundert betrachtet, stellt die Wahl von 1896 einen bemerkenswerten statistischen Ausreißer dar – „as a percentage of GDP, no election before has seen spending levels as high."[69] So handelt es sich bei den 250.000 US-Dollar[70], welche die *J. P. Morgan Bank* als einzelne Spende an McKinley tätigte, beispielsweise um den *doppelten Betrag*, den Abraham Lincoln für seine Präsidentschaftskandidatur des Jahres 1860 insgesamt aufgewendet hatte.[71] Robert E. Mutch, der einflussreichste Historiker auf dem Gebiet der Wahlkampffinanzierung, illustrierte die Besonderheit der Wahl retrospektiv zudem mit dem Hinweis, dass der Wahlkampf des Jahres 1896 nicht nur der bisher mit Abstand teuerste gewesen sei, sondern auch, dass in den darauffolgenden 40 Jahren keine Wahl teurer als das Duell zwischen McKinley und Bryan werden sollte.[72] Letztlich lassen auch die Umstände, dass die Anzahl der Wahlberechtigten deutlich

68 Vgl. Eigene Berechnung auf Grundlage der Daten von www.usgovernmentrevenue.com. Schreibt man die Zahlen komplett aus ergibt sich für 1896 ein Wert von 0,000223% und für 2016 ein Wert von 0,000143% des Bruttoinlandsproduktes bzw. *gross national products*.

69 Potter/ Penniman (2016): Nation on the Take, S. 24.

70 250.000 US-Dollar des Jahres 1913 entsprechen im Jahr 2017 6.151.590 US-Dollar.

71 Crossen (2004): The Man Who Made Political Campaigns All About Money.

72 Vgl. Mutch (2016): Campaign Finance, S. 22.

geringer als die heutige war, Zeitungen zu dieser Zeit in aller Regel kaum mehr als einen Penny kosteten und Vorwahlen erst nach der Jahrhundertwende eingeführt wurden, die Gesamtkosten der Präsidentschaftswahl nochmal in einem anderen Licht erscheinen.

Der Grund für die enorm hohen Gesamtkosten lässt sich nur unter Zuhilfenahme mehrerer ausschlaggebender Faktoren erklären. Zu allererst muss dabei auf die von Hanna intensiv betriebenen Fundraisingaktivitäten unter *trusts*, *robber barons* und anderen vermögenden Akteuren verwiesen werden. Einzelspenden in Höhe von 250.000 US-Dollar, wie im Falle von J. P. Morgan oder John D. Rockefeller, müssen als Revolution im Bereich der Wahlkampffinanzierung bewertet werden. Die Nähe der Wirtschaft und damit die Nähe finanzstarker Spendengeber zur Republikanischen Partei, stellte für die Demokraten selbstredend einen enormen Nachteil dar. Abgesehen von anderen Fundraisingstrategien lässt sich somit auch der klare Fundraisingvorteil (um den Faktor fünf) der GOP erklären. Akteure aus dem Bereich der Ökonomie spendeten im Jahr 1896 auch deshalb enorm viel Geld, da für sie mit der demokratischen *free silver*-Forderung einiges auf dem Spiel stand. Wäre es zur Wahl Bryans gekommen, hätte dies aufgrund der von ihm angestrebten Abkehr vom Goldstandard sichere Umsatzeinbrüche und damit finanzielle Verluste bedeutet.[73] Mit anderen Worten stand Geld (und dessen politische Regulierung) im Zentrum der Debatten von 1896 und es war ebenfalls Geld – in Form von Wahlkampfspenden – mit dem man versuchte, die Debatte zu beeinflussen und damit in Form eines Wahlsieges von Bryan oder McKinley bestenfalls zu beenden. McKinley unterzeichnete 1900 den *Gold Standard Act*, womit diese finanzpolitische Frage für die nächsten Jahrzehnte entschieden war[74] und auch den Unternehmen mehr Planungssicherheit bot. Mit dieser Entwicklung lässt sich auch der Umstand erklären, dass in den Jahrzehnten nach 1896 kein Wahlkampf auch nur mit Abstand die Gesamtkosten des McKinley-Bryan-Wahlkampfes erreichte. Ergänzt werden muss, dass Bryan im Wahlkampf generell gegen die Finanzelite des Landes vorgegangen war und mit dem Slogan „No one can earn a million dollars honestly“[75] natürlich auch für Aufmerksamkeit und Nervosität auf Seiten der *corporate elite* gesorgt hatte. Somit fand 1896 nicht nur ein *realignment* der Wähler, son-

73 Hafer, Rik W. (2005): The Federal Reserve System. An Encyclopedia, Westport, CT, S. xv.

74 Vgl. Morgan, Howard Wayne (2003): William McKinley and His America, Kent, OH, S. 218.

75 Crossen (2004): The Man Who Made Political Campaigns All About Money.

dern auch ein langfristiges *alignment* der Wähler statt. Croly hielt diesbezüglich fest: „The Republican party became the representative of the interests and needs of American business, and inevitably American businessmen came literally to its support."[76] Letztlich stiegen die Gesamtkosten der Wahl vermutlich auch deswegen, weil im Sommer zunächst alle Zeichen auf einen Wahlsieg William Jennings Bryan deuteten. McKinley und sein Kampagnenmanager Mark Hanna wussten demnach, dass eine enorme Kraftanstrengung in kurzer Zeit notwendig sein würde, um das Pendel des Wahlausgangs zu ihren Gunsten ausschlagen zu lassen. Eine Fundraisingsumme im mindestens einstelligen Millionenbereich, 120 Millionen verteilte Wahlkampfflyer sowie 1.400 geschulte Redner, die tausende Meilen des Landes bereist hatten, sind eindrucksvolles Zeugnis dieser Anstrengung.

Nur selten in der Geschichte der USA konnten sich die Bürger am Tag der Wahl zwischen so klar voneinander abgrenzbaren Alternativen entscheiden. Auf der einen Seite warb Bryan mit Unterstützung der Populistischen Partei „die Geldknappheit mit Hilfe der Silberwährung zu beseitigen, die Wall Street-‚Verschwörer' zu entmachten und die Regierung der USA wieder in die Hände des Volkes zu legen" und auf der anderen Seite trat der Republikaner McKinley für eine solide Geldpolitik ein und betonte, „dass allein der Goldstandard die Erholung der amerikanischen Wirtschaft gewährleisten"[77] könnte. Finanziell verfügte der republikanische Bewerber über einen Fundraisingvorteil im Verhältnis von knapp 6:1 (3,5 Millionen zu 600.000 US-Dollar). Ähnlich deutlich fiel dann auch das Ergebnis der Wahl aus: mit einem Vorsprung von etwas mehr als 600.000 Stimmen gewann McKinley nicht nur 51,0% der Stimmen, sondern damit auch recht deutlich die erforderliche Mehrheit der Wahlmännerstimmen (271 von 447). Somit setzte sich McKinley letzten Endes deutlich klarer als zunächst erwartet gegen seinen demokratischen Herausforderer (46,7% der Stimmen und 176 der Wahlmännerstimmen) durch. Zuletzt war eine Differenz der Wählerstimmen größer als 5% im Wahlkampf zwischen Ulysses S. Grant (55,6%) und Horace Greeley (43,8%) 1872 erreicht wurden. Die Frage danach, ob die enorm erfolgreichen Fundraisingstrategien Mark Hannas wahlentscheidend waren, lässt sich aufgrund fehlender reliabler Zahlen methodisch kaum beantworten. Es ist jedoch sehr unwahrscheinlich, dass die Wahlkampfstrategien Hannas – es sei explizit an die 750.000 Wähler, die via Eisenbahn nach Canton, Ohio kamen um McKinley zu hö-

76 Croly, Herbert D. (1983): Marcus Alonzo Hanna, S. 220.
77 Heideking/ Mauch (2008): Geschichte der USA, S. 177.

ren, die 120 Millionen in mehrere Sprachen übersetzten Flugblätter und ebenso die 1.400 geschulten Redner, welche die Botschaft des republikanischen Bewerbers im ganzen Land verkündeten, erinnert – keinerlei Effekt auf den Ausgang der Wahl gehabt hätten. Der einflussreiche amerikanische Historiker Robert H. Wiebe dokumentierte diesen Umstand wie folgt: „Wherever Bryan's train stopped for half an hour, Hanna's influence – the posters equating McKinley with prosperity, the liberally financed workers, the propaganda adjusted to changing local conditions – preceded and followed him."[78] Ergänzt werden kann dieses Argument durch die im Vergleich zu heute noch sehr rudimentär ausgeprägte Medienlandschaft, in der weder Radio, Fernsehen noch das Internet für eine Informationsflut und damit einhergehende Saturationseffekte bei den insgesamt 14 Millionen Wahlberechtigten hätten führen können – von den sprachlichen Barrieren, die viele von ihnen betrafen, einmal abgesehen. Ein Jahr im Vorfeld der Wahl machte Hanna eine Aussage, die auch heute noch eine der am meisten zitierten ist, wenn es um das Verhältnis von Geld und Politik geht: „[T]here are two things that are important in politics. The first is money and I can't remember what the second one is."[79] Inwiefern sich diese Ansicht Hannas mit Blick auf den Ausgang der Wahl von 1896 bewahrheitet haben sollte, lässt sich aufgrund der schwierigen Datenlage nicht abschließend beurteilen. Denn neben einer Bundesbehörde, die Wahlkampfspenden zuverlässig registrierte, fehlte es am Ausgang des 19. Jahrhunderts ebenso an demoskopischen Umfragen, die sowohl Zustimmungswerte der Kandidaten, als auch deren Veränderung im Laufe der Zeit untersuchten. Unter Einhaltung einer gewissen Vorsicht ist die These, dass Mark Hanna als McKinleys Königsmacher betrachtet werden kann und die bislang unbekannten Dimensionen von Wahlkampfspenden (maßgeblich der *corporate elite* entstammend) Einfluss auf den Ausgang der Wahl genommen haben, eher zu befürworten anstatt sie als inhaltlich gegenstandslos zu verwerfen. Aus einer anderen Richtung gedacht, ist es unwahrscheinlich, dass ohne besagte Wahlkampfspenden der Wahlausgang derselbe gewesen wäre.

78 Wiebe (1967): The Search for Order, S. 104.

79 Streb, Matthew J. (2016): Rethinking American Electoral Democracy, 4. Aufl., New York, S. 180.

1.3 A New Gilded Age?

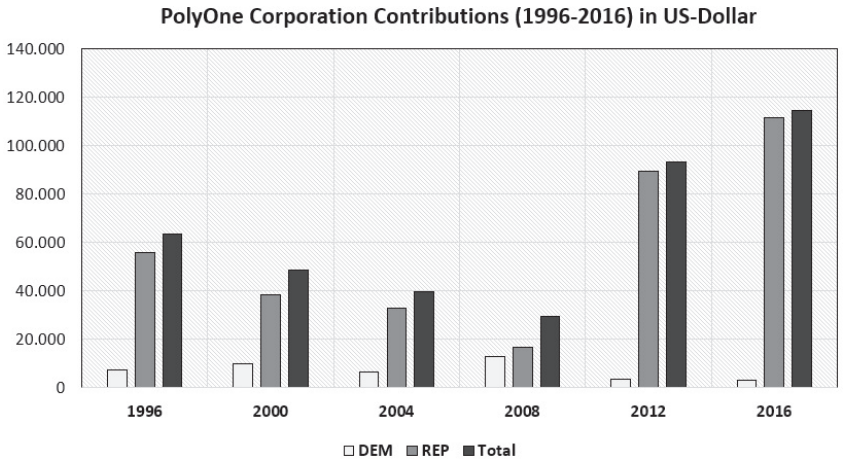
Es besteht kein Zweifel, dass das Wahljahr 1896 eine Zeitenwende im Bereich der Wahlkampffinanzierung dargestellt hat. Aber so einschneidend wie diese Wende war auch die längerfristige Reaktion der Bevölkerung auf diese Entwicklung. Nachdem bekanntgeworden war, dass auch Theodor Roosevelt 1904 im Wahlkampf gegen den Demokraten Alton B. Parker großzügige Zuwendungen von Unternehmen erhalten hatte, wuchs der Protest innerhalb der Bevölkerung gegen diese Praktik unüberhörbar. Elf Jahre nach der Zäsur von 1896 verabschiedete der Kongress mit breiter öffentlicher Unterstützung den *Tillman Act*, der es Unternehmen und Banken fortan explizit verbieten sollte, Wahlkampfspenden an Kandidaten, sowie deren Kampagnen und Parteien zu tätigen. Dieses seit nunmehr 110 Jahren existierende Bundesgesetz ist zwar nach wie vor gültig, seine ursprüngliche Regulierungsabsicht wurde von der Supreme Court-Entscheidung *Citizens United v. Federal Election Commission*[80] im Januar 2010 jedoch weitestgehend ausgehebelt. Zwar ist es Unternehmen und Banken auch nach der Entscheidung des höchsten Gerichtes nicht möglich, Wahlkampfgelder direkt an Kandidaten und deren Parteien zu spenden, doch wurde mit dem Aufkommen der *Super Political Action Committees*[81] (kurz: Super PACs) ein effektiver Weg gefunden, um diese juristische Hürde zu umgehen. Mit der Entwicklung des *outside spending*, das Spendengelder an den traditionellen Akteuren vorbeimanövriert und Spenden an Gruppierungen, die von den Kandidaten- und Parteikampagnen unabhängig sind, ermöglicht, wurde ein enorm durchlässiges Schlupfloch für Wahlkampfspenden gefunden. Der finanziellen Beeinflussung von Wahlen durch Unternehmen wurde mit dem Urteil von 2010 demnach Tür und Tor geöffnet. Eines der Unternehmen, das unmittelbar auf die veränderte Rechtsprechung reagierte hatte, war die *PolyOne Corporation*, einer der führenden Produzenten im Kunststoffbereich mit einem Umsatz von 3,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 2014. So stiegen die Ausgaben des Unternehmens für Wahlkampfspenden zwischen den Präsidentschaftswahlen von 2008 und 2012 um 214,7%, von 29.600 auf 93.150 US-Dollar an (Vgl. *Abbildung 1*).

---

80 Im öffentlichen wie wissenschaftlichen Diskurs wird bei der Benennung des Urteils in aller Regel die Kurzform *Citizens United* verwendet. Dieser Konvention schließt sich die vorliegende Arbeit an.

81 Im Verlauf der Arbeit wird, bis auf wenige Ausnahmen, die Abkürzung Super PACs Verwendung finden.

Abbildung 1: Entwicklung der Wahlkampfspenden der PolyOne Corporation



Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Daten des *Center for Responsive Politics* (CRP).

An *Abbildung 1* lässt sich die Wirkung von Wahlkampffinanzierungsregulierungen mühelos verdeutlichen. Der Bundesstaat Ohio, in dem die *PolyOne Corporation* ansässig ist, hatte erst im Nachgang des *Bipartisan Campaign Reform Acts* (kurz BCRA) im Jahr 2005 Wahlkampfspenden von Unternehmen, Banken und Gewerkschaften verboten und durch ein System der öffentlichen Wahlkampffinanzierung ersetzt. Schon während der parlamentarischen Diskussion des Gesetzesvorhabens sank das Spendenvolumen der *PolyOne Corporation* und nahm zwischen 2004 und 2008 nochmals um knappe 10.000 US-Dollar (-25%) ab. Die Rechtsprechung des höchsten Gerichtes im Fall *Citizens United*, die damit auch das Recht auf Bundesstaatsebene setzte, wirkte sich, wie schon oben geschildert, in einem drastischen Anstieg der Wahlkampfspenden nach 2010 aus (+214,7%). Die *PolyOne Corporation* war zuvor im Jahr 2000 aus einer gewissen *M. A. Hanna Company*, die in der Eisenerzverarbeitung tätig gewesen war, hervorgegangen. Und wie der einstige Firmenchef Marcus Alonzo Hanna *im ersten* Gilded Age mit Unternehmensspenden Einfluss auf Wahlen genommen hatte – es sei daran erinnert, dass Hanna die Nominierung McKinleys im Jahr 1896 aus eigenem Vermögen, dass er mit der *M. A. Hanna Company* erwirtschaftet hatte, finanzierte – so nimmt der juristische Nachfolger eben jenes Unternehmens seit dem *Supreme Court*-Urteil von 2010 *im neuen* Gilded Age erneut Einfluss auf demokratische Wahlen in den USA. Bei dem in *Abbildung 1* identifizierbaren Trend handelt es sich

keinesfalls um eine Ausnahme, sondern, wie der Fortgang der Arbeit verdeutlichen wird, um einen generellen enormen Anstieg von Wahlkampfspenden im Anschluss an die *Citizens United*-Entscheidung. Neben Unternehmen waren es aber vor allem auch vermögende Einzelpersonen, die mit Spenden im teils zweistelligen Millionenbereich Einfluss auf die Wahlen nahmen. So profitierten die Demokraten im Wahlkampf 2016 von Spenden des ehemaligen Hedgefonds-Managers Thomas Steyer in Höhe von 89,79 Mio. US-Dollar, wohingegen der Casino-Mogul Sheldon Adelson 77,90 Mio. US-Dollar zugunsten der Republikanischen Partei spendete.[82] Dabei darf natürlich nicht übersehen werden, dass beide durch ihre Unternehmen zu diesem substanziellen Reichtum gelangten, der ihnen diese Spendensummen überhaupt erst ermöglichte. Aber nicht nur die alte Gilded Age-Praktik der umfangreichen Wahlkampfspenden durch Unternehmen spricht für die These eines neuen, zweiten, Gilded Ages, sondern auch andere soziale, politische, und gesellschaftliche Elemente, die sich im Sinne der historiographischen Komparatistik auch schon in der Zeit zwischen 1865/77 bis 1900 wiederfinden ließen. Jene Vergleichsmerkmale sollen im Folgenden kurz angeführt werden.

Ganz ähnlich wie im ersten Gilded Age, kann auch im zweiten eine erhebliche ökonomische Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft diagnostiziert werden. Die Ungleichverteilung ökonomischer Werte begann zwar spätestens mit der Präsidentschaft Ronald Reagans zu steigen, beschleunigte und intensivierte sich aber erst in Folge der transnationalen Banken- und Finanzkrise, die zunächst als Immobilienkrise im Sommer 2007 ihren Ausgang nahm. Letztere führte unter anderem dazu, dass bis zum Jahr 2013 über 14 Millionen Eigenheime in den USA zwangsversteigert werden mussten.[83] Als noch folgenreicher sollte sich aber die Perpetuierung der Einkommensungleichheit erweisen. In einem einflussreichen Artikel machten die an der *University of California*, *Berkeley* lehrenden Ökonomen Emmanuel Saez und Gabriel Zucman auf der Grundlage von Einkommenssteuererklärungen und makroökonomischen Haushaltsbilanzen drei grundlegende Entwicklungen aus: (I.) Zwischen 1929 und 1978 nahm die Ungleichverteilung von Einkommen stetig ab, um (II.) anschließend jedoch wieder drastisch anzusteigen. So stieg der von den obersten 0,1 % gehaltene Anteil am Gesamtvermögen der USA zwischen 1978 und 2012 von sieben auf 22%. Sowie (III.), dass „the bottom 90% (144 million families

82 Vgl. Center for Responsive Politics (2016): 2016 Top Donors to Outside Groups.
83 Vgl. Stiglitz, Joseph E. (2015): Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München, S. 37.

with $84,000, on average) owns about as much as the top 0.1% (160,700 families with net assets above $20 million).“[84] Wie im ersten Gilded Age lässt sich somit auch in den gegenwärtigen USA Hofstadters Konzept der *Two Nations* anwenden. Dieser Umstand schlug sich dann im Jahr 2011 auch in größeren zivilgesellschaftlichen Protesten wie der *Occupy-Wall-Street*-Bewegung nieder, die mit ihrem zentralen Slogan *We are the 99 Percent*[85] auf die ökonomische Spaltung in zwei Nationen verwies. Ebenfalls unterstrichen wurden die Forderungen der Protestierenden durch Arbeiten des Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz[86], des französischen Ökonomen Thomas Piketty[87] sowie der beiden Politikwissenschaftlern Alfred Stepan und Juan J. Linz. Letztere wiesen darauf hin, dass es sich bei den Vereinigten Staaten um „the most unequal longstanding democracy in a developed country in the world“[88] handelt. Ein zentraler Unterschied zwischen den Ungleichheiten des alten und neuen Gilded Age ist, dass es sich bei derjenigen im 19. Jahrhundert um Ungleichheit vor einer Phase weitestgehender Gleichheit – ausgelöst durch Wirtschafts- und Sozialreformen wie den *New Deal* oder die *Great Society* – handelt, wohingegen die des 21. Jahrhundert eine Ungleichheit nach einer Phase der weitestgehenden Gleichheit darstellt.[89]

---

84 Saez, Emmanuel/ Zucman, Gabriel (2016): Wealth Inequality in the United States since 1913: Evidence from Capitalized Income Tax Data, in: The Quarterly Journal of Economics, Jg. 131, H. 2, S. 519, 551, 573. Es sei zudem darauf hingewiesen, dass Saez und Zucman von dem *bottom* 90% spechen, eine Formulierung, die angesichts der Ungleichverteilung von Einkommen für sich selbst spricht.

85 Vgl. Gould-Wartofsky, Michael A. (2015): The Occupiers. The Making of the 99 Percent Movement, New York, S. 1. Umfassender heißt es dort: „Allow us to introduce ourselves: We are the 99 Percent. We are getting kicked out of our homes. We are forced to choose between groceries and rent. We are denied quality medical care. […] We are working long hours for little pay and no rights, if we're working at all. We are getting nothing while the other 1 percent is getting everything. We are the 99 percent.“ Ebd.

86 Stiglitz (2015): Reich und Arm, München sowie Stiglitz, Joseph E. (2014): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München.

87 Piketty, Thomas (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München.

88 Stepan, Alfred/ Linz Juan J. (2011): Comparative Perspectives on Inequality and the Quality of Democracy in the United States, in: Perspectives on Politics, Jg. 9, H. 4, S. 841.

89 Vgl. Beatty/ Bacon (2007): The Dark Side of the Gilded Age.

Als Ursache und Folge dieser Entwicklung sehen zahlreiche Forscher[90] die Translation ökonomischer Ungleichheit in politische Ungleichheit. So würden Unternehmen, Interessengruppen gleichwohl konservativer oder liberaler Couleur, aber auch vermögende Einzelpersonen ihre finanziellen Ressourcen gekonnt für die Beeinflussung des politischen Prozesses einsetzen. Eine dieser vermögenden Personen ist Karl Rove, der alle Wahlkämpfe des Präsidenten George W. Bush geleitet hatte und später als dessen stellvertretender Stabschef im Weißen Haus fungierte. Rove hatte Reportern schon lange vor der *Citizens United*-Entscheidung mitgeteilt, dass er versuche der Mark Hanna des 21. Jahrhunderts[91] zu werden, das Urteil von 2010 spielte dem aus Denver stammenden republikanischen Parteistrategen dann aber umso mehr in die Karten. Ähnlich wie die libertären Koch Brothers versuchte Rove mit der Errichtung eines konservativen Netzwerkes von Super PACs und 501(c)(4)-Gruppen im unmittelbaren Nachgang des Urteils seine konservativen Interessen mittels der effektiven Koordination von Wahlkampfspenden vermögender Spendengeber ins politische System einzubringen.[92] Aufgrund des von Rove errichteten Netzwerkes um den *American Crossroads* Super PAC, das an die enge Verflechtung zwischen *robber barons* und *party bosses* im ersten Gilded Age erinnert, wurde Rove in einem investigativen Bericht von Craig Unger in historischer Anlehnung als *Boss Rove*[93] charakterisiert.

Eine weitere historische Parallele zwischen altem und neuem Gilded Age stellt die konservative und unternehmensfreundliche Ideologie des Su-

---

90 Beispielsweise Stiglitz (2015): Reich und Arm, München, S. 17 sowie Bartels, Larry M. (2008): Unequal Democracy. The Political Economy of the New Gilded Age, Princeton, NJ.

91 Vgl. Kazin, Michael (2007): Rove fails where his hero succeeded, in POLITICO vom 02.07.2007. Roves Begeisterung für Mark Hanna und William McKinley lässt sich auch an der von ihm verfassten 500-seitigen und erst vor kurzem erschienenen Monographie über beide Akteure und deren Rollen im Wahlkampf von 1896 ablesen. Vgl. hierzu Rove, Karl (2015): The Triumph of William McKinley. Why the Election of 1896 Still Matters, New York.

92 Vgl. Vogel, Kenneth P. (2014): Karl Rove and the Modern Money Machine, in: POLITICO Magazine, Juli-August-Ausgabe.

93 Vgl. Unger, Craig (2012): Boss Rove. Inside Karl Rove's Secret Kingdom of Power, New York. Die *robber barons*-These wird auch von Schulz (2011) aufgenommen: „Economists and political scientists believe the US has entered a new Gilded Age, a period of systemic inequality dominated by a new class of super-rich. The only difference is that, this time around, the super-rich are hedge fund managers and financial magnates instead of oil and rail barons. Schulz, Thomas (2011): The Second Gilded Age. Has America Become an Oligarchy?, in: Spiegel Online International vom 28.10.2011.

preme Courts dar. Der Statistik-Guru Nate Silver errechnete mit Hilfe von *Martin-Quinn-Scores*, die eine Operationalisierung für die Ideologie des Supreme Courts entlang der eindimensionalen liberal-konservativ-Achse im Zeitverlauf anbieten, dass der *Roberts Court* im Jahr 2012 den konservativsten Supreme Court seit dem Jahr 1930 darstelle.[94] Wenngleich solcherart Methodiken stets mit Vorsicht interpretiert werden sollten, verdeutlicht die *first amendment*- und *corporate personhood*-Rechtsprechung unter Chief Justice John Roberts eine konservative, unternehmensfreundliche und neoliberale[95] Ausrichtung des Gerichtes. Ähnlich wie im Urteil von *Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad* kam die Mehrheit der Richter im *Citizens United*-Urteil zu der Einschätzung, dass Unternehmen unter dem Gesichtspunkt der *corporate personhood* gleiche Rechte wie natürliche Personen besitzen. Diesmal berief sich die Argumentation des Gerichtes hingegen nicht auf den 14. Verfassungszusatz und die *equal protection clause*, sondern begründeten die Illegitimität von Spendenobergrenzen für Unternehmen mit Hilfe des ersten Verfassungszusatzes und der darin enthaltenen *free speech clause*.[96]

Neben der schon angesprochenen wirtschaftlichen Rezession und Krisenerfahrung der späten 2000er Jahre, stellt die generelle Unzufriedenheit der Bevölkerung gegenüber den politischen Institutionen, deren Responsivität sowie den übersteigerten Einfluss des Geldes auf politische Prozesse und Ergebnisse, eine weitere Parallele zum ersten Gilded Age dar. In einer gemeinsamen Umfrage von *New York Times* und *CBS News* (2015) gaben beispielsweise 84 Prozent der Befragten an, dass Geld bei Wahlkämpfen einen zu großen Einfluss ausübe.[97] Dieses Ergebnis steht in Analogie zu einer Umfrage der *Huffington Post* bezüglich des Eindruckes der Responsivität: In dieser gaben 87 Prozent der Befragten an, dass die Interessen und Belange von vermögenden Bürgern im Kongress einigermaßen

94 Silver, Nate (2012): Supreme Court May Be Most Conservative in Modern History, in: The New York Times FiveThirtyEight Blog vom 29.03.2012.

95 Vgl. Kuhner, Timothy (2011): Citizens United as Neoliberal Jurisprudence: The Resurgence of Economic Theory, in: Virginia Journal of Social Policy & the Law, Jg. 18, H. 1, S. 395-468.

96 Neben dieser juristischen Deregulierung muss auch auf die vom Kongress lancierte finanzielle Deregulierung verwiesen werden. Vgl. dazu Keller, Eric; Kelly, Nathan J. (2015): Partisan Politics, Financial Deregulation, and the New Gilded Age, in: Political Research Quarterly, Jg. 68, H. 3, S. 428-442.

97 Vgl. The New York Times/ CBS News (2015): American's Views on Money in Politics. Most Americans say that money has too much influence on politicians and that campaign finance changes are needed, in: The New York Times vom 02.06.2015.

gut (*somewhat well*) bis sehr gut (*very well*) repräsentiert seien. Dass Selbiges auch für Personen mit geringen finanziellen Ressourcen gelte, gaben hingegen nur 19 Prozent der Teilnehmenden an.[98] Darüber hinaus rangieren die Zustimmungswerte für die Arbeit des Kongresses seit 2013 so tief (zwischen 9 und 16 Prozent) wie in bisher keinem Zeitraum, seitdem vom *GALLUP*-Institut diesbezüglich demoskopische Daten erhoben und ausgewertet wurden.[99]

Misstrauen gegenüber dem Einfluss des Geldes auf politische Prozesse, eine konservative Rechtsprechung des höchsten Gerichtes, ökonomische Krisen, vermögende Einzelpersonen, die nach Vorbild Hannas als politische Königsmacher fungieren wollen, eine unübersehbare wie tiefgreifende Ungleichverteilung von Vermögen, die bis dato teuersten Präsidentschaftswahlkämpfe der Geschichte, sowie Unternehmen und Einzelpersonen, die mit Hilfe von Wahlkampfspenden versuchen, den Wahlausgang effektiv zu beeinflussen[100]: Vieles spricht dafür, dass sich die USA spätestens nach dem *Citizens United*-Urteil in einem neuen – beziehungsweise zweiten – Gilded Age befinden.[101] Anders ausgedrückt kann man die Entwicklung dieses neuen alten Zeitalters mit den Worten „We have been he-

98 Vgl. Edwards-Levy, Ariel (2015): Most People Think Congress Is Great At Representing Wealthy, But Not The Less Well-Off, in: The Huffington Post vom 15.01.2015.

99 Vgl. GALLUP (2016): No Improvement in Congress Approval, at 13%, in: GALLUP Blog vom 09.03.2016.

100 Weitere Parallelen lassen sich auch hinsichtlich des aufkommenden Populismuses sowie der Angst gegenüber Immigranten ziehen. Am Beispiel Donald Trumps finden sich diese beiden Elemente in der Sache vereint. Eine hervorragende Einführung hierzu bietet Formisano, Ronald P. (2016): The Populist Tsunami of the Second Gilded Age, in: The Forum, Jg. 14, H. 3, S. 281-294.

101 Von diesen Gemeinsamkeiten einmal abgesehen, existieren selbstredend auch grundlegende Unterschiede zwischen altem und neuen Gilded Age, die nicht übersehen werden dürfen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit muss hierbei auf das veränderte Wahlrecht (so dürfen im 21. Jahrhundert auch Frauen und Schwarze ihr Wahlrecht uneingeschränkt wahrnehmen), die Wahlbeteiligung (welche im ersten Gilded Age deutlich höher lag; zum Vergleich: 1896 (79,3%) vs. 2016 (58,1%, Δ -21,2%) der wahlberechtigten Bevölkerung), eine allgemein geringere politische Partizipation (die sich beispielsweise auch an Anzahl, Umfang und Häufigkeit von politischen Protesten ablesen lässt), Änderungen innerhalb des politischen Systems (u.a. Einführung von Vorwahlen (ab der Jahrhundertwende) und der *secret ballot* sowie die Direktwahl von Senatoren (1913), Beschränkung der Amtsdauer des Präsidenten auf zwei Wahlperioden (1951), die Absenkung des Wahlalters auf 18 Jahre (1971)), die generellen Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung sowie die Navigation des Geldes (das im späten 20. und aktuellen 21. Jahrhundert zu nicht unwesentlichen Anteilen an

re before“[102] treffend beschreiben. So wie die enorme Ungleichheit des ersten Gilded Ages durch eine Phase relativer Gleichheit (auch als *Great Compression*[103] bekannt) verdrängt wurde, so sollte diese Gleichheit wiederum durch jene Ungleichheit ersetzt werden, die sie selbst abgelöst hatte.

Welchen Einfluss allerdings Wahlkampfspenden auf den Ausgang von Wahlen haben, soll Gegenstand der vorliegenden Dissertation sein. Hierbei soll geprüft werden, ob derjenige Kandidat mit den besten finanziellen Voraussetzungen am Wahltag tatsächlich als Sieger hervorgeht. Mit anderen Worten: Kann die *Money-Equals-Votes*-Hypothese tatsächlich aufrechterhalten werden und handelt es sich bei Wahlen im neuen Gilded Age demnach eher um Auktionen, bei denen der meistbietende Kandidat gewinnt? Anders als noch im ersten Gilded Age, in dem die Qualität und Reliabilität der zur Verfügung stehenden Daten unbefriedigend und nur mit Vorsicht zu genießen war, steht mit der Errichtung der *Federal Election Commission* (FEC) als der obersten Bundesbehörde zur Überwachung der Wahlkampffinanzierung, ein reicher Brunnen, aus dem Unmengen von Daten geschöpft werden können, zur Verfügung. Neben diesem elektoralen Fokus sollen die Auswirkungen der mittlerweile milliardenschweren Präsidentschaftswahlkämpfe auf das generelle politische System keinesfalls übersehen werden. Im folgenden Kapitel wird der Aufbau der Arbeit und die ihr zugrundeliegenden Fragestellungen ebenso thematisiert werden, wie deren methodische Umsetzung. Da es sich beim Politikfeld der Wahlkampffinanzierung um ein höchst umstrittenes Politikfeld handelt, soll zudem auf die wissenschaftstheoretisch-methodologischen Grundpositionen der Arbeit eingegangen werden. Im Anschluss daran soll die Forschungsrelevanz der Arbeit sowie der aktuelle Stand der Forschung besprochen werden.

Akteure fließt, die ihre Aktivitäten nicht mit denen der Kandidaten- und Parteikampagnen koordinieren dürfen (Stichwort: *outside spending*)), verwiesen werden.

102 Beatty (2007): Age of Betrayal, S. xvii.

103 Valelly, Richard M. (2013): American Politics. A Very Short Introduction, New York, S. 105. Zeitlich wird diese Phase zwischen den 1930er/40er und den 1970er Jahren verortet. Vgl. Ebd.

2. Forschungsdesign

Am Beginn *jeder* wissenschaftlichen Untersuchung stehen dieselben Fragen: Welches Forschungsproblem soll mit welchem methodischen Vorgehen untersucht werden? Wie ist mit Blick auf die Kernfragen der Stand der Forschung zu bewerten und woraus lässt sich die Relevanz der eigenen Forschungen ableiten und begründen? Wie soll darüber hinaus die Untersuchung gegliedert werden und verfolgt diese eine wissenschaftstheoretische Grundposition? Nach Gschwend und Schimmelfennig müssen Politikwissenschaftler zudem begründen, wie sie „Messungen valide und reliabel durchführen, eine Fallauswahl treffen, die valide kausale Schlussfolgerungen und Generalisierungen zulässt" sowie „alternative Erklärungen kontrollieren."[104] In den folgenden Kapiteln sollen jene Fragen beantwortet und den von Gschwend/ Schimmelfennig besprochenen Erfordernissen nachgekommen werden.

2.1 Forschungsgegenstand, Fragestellung(en) und Ziel der Untersuchung

Ausgangs- und zentraler Bezugspunkt der vorliegenden Untersuchung ist das Supreme Court-Urteil *Citizens United v. Federal Election Commission*[105] vom 21. Januar 2010. In der äußerst knappen Entscheidung konnte sich die konservative Mehrheit des Gerichtes durchsetzen und urteilte, dass das im ersten Verfassungszusatz verankerte Grundrecht der freien Meinungsäußerung (*free speech clause*) auch auf Unternehmen, Banken oder Gewerk-

---

104 Gschwend, Thomas/ Schimmelfennig, Frank (2007): Forschungsdesign in der Politikwissenschaft: Ein Dialog zwischen Theorie und Daten, in: Dies. (Hrsg.), Forschungsdesign in der Politikwissenschaft. Probleme – Strategien – Anwendung, Frankfurt/ New York, S. 20. Auch wenn Schwarzer die Gütekriterien von Forschungsdesigns anhand von wissenschaftlichen Forschungsanträgen bespricht, erweist sich die Konsultation des Aufsatzes als lohnenswert: Vgl. Schwarzer, Gudrun (2001): Forschungsanträge verfassen. Ein praktischer Ratgeber für Sozialwissenschaftler/-innen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 8, H. 1, S. 141-156, hier besonders die Seiten 148-152.

105 *Citizens United v. Federal Election Commission*, 558 U.S. 50 (2010). Inhalte des Urteils sowie Reaktionen und Kritiken werden in *Kapitel 3* ausführlich besprochen.

schaften anzuwenden sei. Deshalb können jene Akteure ihre erwirtschafteten Profite sehr wohl in unbegrenztem Maße als Spendengelder in den Wahlkampf einbringen. Alles andere käme einer Zensur politischer Rede gleich, die mit der Verfassung der USA unvereinbar sei. Dabei ist allerdings zu beachten, dass Wahlkampfspenden nicht direkt an Kandidaten- oder Parteikampagnen getätigt werden dürfen, weshalb sich recht zügig nach Verkündung des Urteils die so genannten *Super Political Action Committees* gegründet haben. Diese dürfen weder von den Kandidaten oder Kampagnenmitgliedern betrieben werden, noch dürfen deren Aktivitäten untereinander koordiniert sein. Rechtlich verwarf das Urteil zahlreiche Präzedenzentscheidungen vergangener Jahrzehnte und hebelte nach einer Bestandsdauer von fast 103 Jahren das Verbot unbegrenzter Wahlkampfspenden durch Unternehmen weitestgehend aus. *Citizens United* ist somit als juristische Zeitenwende einzustufen. Wie bei keiner anderen Entscheidung des höchsten Gerichtes im 21. Jahrhundert waren die Reaktionen seitens der Politik, Medien und Bürger von einem solch harschen Widerspruch und Unverständnis geprägt. Der vor allem medial losgetretene Protest entzündete sich dabei an der Befürchtung, dass demokratische Wahlen in Zukunft kaufbar sein würden. So hatte beispielsweise die *Los Angeles Times* mit dem Artikel *Elections for Sale?*[106] schon vor Verkündung des Urteils auf dessen potentiellen demokratiegefährdenden Konsequenzen aufmerksam gemacht.

Ausgehend von diesen Berichten, die sich nach Bekanntwerden des Urteils noch viele dutzende Male wiederholen sollten, lautet die Kernforschungsfrage der Arbeit: *Können demokratische Wahlen in den USA gekauft werden?* (*FF1*) Anders ausgedrückt wird danach gefragt, ob sich Wahlen in den Vereinigten Staaten zu reinen Auktionen transformiert haben, aus denen derjenige Kandidat als Sieger hervorgehen wird, welcher die meisten Wahlkampfspenden hinter sich vereinen konnte. Mathematisch könnte man diesen Zusammenhang in einer Formel wie folgt zueinander in Beziehung setzen:

$$\textbf{Wahlerfolg} = f(\textbf{Wahlkampfspenden}) \qquad (1)$$

Diese grundlegende Fragestellung wird durch zwei zusätzliche Dimensionen erweitert: (I.) ist angesichts der buchstäblichen Explosion des *outside*

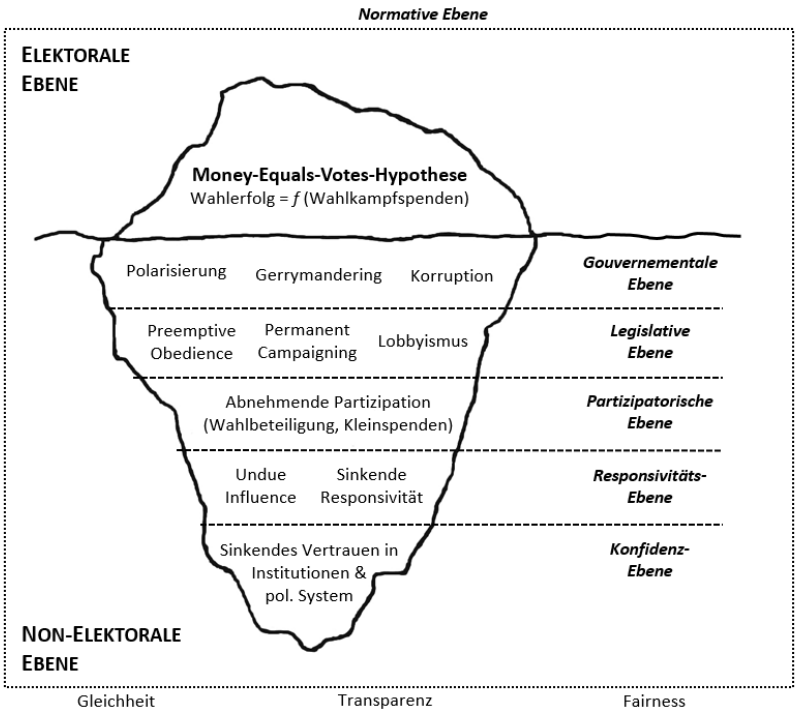
106 Kendall, Doug (2009): Elections for Sale? If the Supreme Court lifts restrictions on corporate campaign contributions, watch out, in: Los Angeles Times vom 08.09.2009.

spendings im Nachgang der Entscheidung zu klären, inwiefern sich Mechanismen der „Käuflichkeit" von Wahlen vor und nach *Citizens United* verändert haben (*FF1.1*). Andererseits wird nicht bloß die Präsidentschaftsebene als Analyseeinheit herangezogen, sondern ebenso die Kongress- wie Bundesstaatsebene (*State Legislature Elections*). Daraus lässt sich (II.) die Frage ableiten, inwiefern sich die Wirkung von Wahlkampfspenden auf unterschiedlichen Ebenen ändert (*FF1.2*). Hat Geld bei Wahlkämpfen auf Bundesstaatsebene beispielsweise einen größeren Einfluss, als dies bei Präsidentschaftswahlen auf Bundesebene der Fall ist? Spannend ist in diesem Zusammenhang zu erfahren, welche der beiden Parteien maßgeblich von der Aufhebung des Spendenlimits profitiert hat. Diese und weitere Unterfragen zum Einfluss des Geldes sollen aber erst in *Kapitel 5.4* umfassend hergeleitet werden. Jene Notwendigkeit resultiert aus den Besonderheiten des US-Föderalismus, der den Bundesstaaten eine eigene Regulierung ermöglicht, welche zu Beginn des *Kapitels 5.4* dargestellt werden.

Die weite Majorität der Berichte und Kolumnen, aber auch der wissenschaftlichen Abhandlungen hat sich mit dieser *Money-Equals-Votes*-Hypothese (auch: *Vote-Buying*-Hypothese) beschäftigt – und damit, wie im Fortgang der Arbeit argumentiert wird, nur einen Ausschnitt der Folgen von *Citizens United* betrachtet. Bertolt Brecht fügte der Filmfassung seiner *Dreigroschenoper* (1930) die Schlussstrophe „*Denn die einen sind im Dunkeln / Und die anderen sind im Licht / Und man siehet die im Lichte / Die im Dunkeln sieht man nicht*"[107] an. In diesem Sinne versucht die Dissertation auch weniger beziehungsweise nicht beleuchtete Folgen des Urteils zu untersuchen. Denn nur, weil die Folgen nicht unmittelbar sichtbar sind – oder mit den Worten Brechts „im Dunkeln" liegen – bedeutet dies nicht, dass sie nicht da wären. Wie bei einem Eisberg, dessen Spitze zwar sichtbar ist, der wesentliche Teil des Volumens (~90%) aber unter der Wasseroberfläche liegt, sollen im Rahmen der Untersuchung auch diese weniger sichtbaren Auswirkungen des Urteils erforscht werden (Vgl. *Abbildung 2*).

107 Burger, Harald/ Buhofer, Annelies/ Sialm, Ambros (1982): Handbuch der Phraseologie, Berlin S. 55.

Abbildung 2: Eisberg-Modell der Auswirkungen des Citizens United-Urteils



Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung.

Hierbei können grundlegend zwei Analyseebenen differenziert werden: die elektorale und die non-elektorale Ebene. Auf elektoraler Ebene werden nur Auswirkungen hinsichtlich von Wahlkämpfen untersucht (*Money-Equals-Votes*-Hypothese), wohingegen die non-elektorale Ebene als Residualkategorie für all diejenigen Folgen des Urteils dienen soll, die nicht unmittelbar in Zusammenhang mit Wahlkämpfen stehen, sondern beispielsweise auch das generelle Funktionieren der politischen Institutionen betreffen. Wie aus *Abbildung 2* zu entnehmen ist, gliedert sich die non-elektorale Ebene wiederum in fünf Subebenen: die gouvernementale, partizipatorische, Responsivitäts-, Konfidenz sowie normative Ebene.

Im zweiten Teil der Arbeit sollen diese „im Dunklen" liegenden Ebenen zum Untersuchungsgegenstand erhoben und mit Hilfe von klar definierten Forschungsfragen empirisch vermessen werden. Allen genannten Subebenen ist die Forschungsfrage übergeordnet, ob das *Citizens United*-Urteil auch abseits des elektoralen Prozesses Einfluss auf das Funktionieren der

US-amerikanischen Demokratie genommen hat. Anders ausgedrückt: *Lassen sich Folgen der Entscheidung auch auf non-elektoraler Ebene feststellen?* (*FF2*) Die Forschungsfragen der Subebenen sind wie folgt definiert[108]:

- ***Gouvernementale Ebene***: Welchen Effekt haben die in Folge des *CU*-Urteils[109] freigesetzten Wahlkampfspenden auf die Regierungstätigkeit, das Gerrymandering, die Polarisierung oder eine potentielle Tendenz der Oligarchisierung? (*FF2.1*)
- ***Legislative Ebene***: Beeinflussen Wahlkampfspenden Aktivitäten im Zusammenhang des Gesetzgebungsprozesses (Abstimmungsverhalten, Lobbying) und wirken sie sich auf das *permanent campaigning* aus? (*FF2.2*)
- ***Partizipatorische Ebene***: Führt der Wegfall von Spendenobergrenzen und damit einhergehende zum Teil achtstellige Wahlkampfspenden zu einer Abnahme der Partizipation innerhalb der Bevölkerung? (*FF2.3*)
- ***Responsivitätsebene***: Werden in Folge fünf-, sechs- oder gar siebenstelliger Spendensummen politische Präferenzen von vermögenden Bürgern besser repräsentiert als diejenigen von weniger vermögenden Bürgern? (*FF2.4*)
- ***Konfidenzebene***: Geht mit der Zunahme von Großspenden und einer potentiellen Abnahme der Responsivität ein Vertrauensverlust in das Funktionieren des politischen Systems bzw. der Demokratie und deren Institutionen einher? (*FF2.5*)
- ***Normative Ebene***: Inwiefern beeinträchtigen die Folgen des CU-Urteils grundlegende demokratische Normen wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder die Transparenz von politischen Prozessen? (*FF2.6*) Der Eisberg treibt im Ozean von normativen Grundfragen, welche sich in allen besprochenen Ebenen niederschlagen.

In vielen Fällen können zudem Wechselwirkungen zwischen beiden Ebenen auftreten. Hierzu ein Beispiel: Da in den meisten Fällen Bundesstaatsparlamente den Zuschnitt von Wahlkreisen festlegen dürfen, wurde das Gerrymandering, das intuitiv der *elektoralen Ebene* zuzuordnen ist, auf der *Legislativen Ebene* platziert. Die auf Gesetzgebungsebene verabschiedeten Wahlkreiszuschnitte nehmen nach ihrem Inkrafttreten bei der nächsten Wahl dann aber selbstredend auch Einfluss auf die elektorale Dimension.

---

108 Die theoretische Unterfütterung der jeweiligen Forschungsfragen wird in den dafür vorgesehen Kapiteln im Zusammenhang mit dem Forschungsstand ausführlich erörtert.

109 Aus Platzgründen wird die Formulierung *Citizens-United* an manchen Stellen mit *CU*-Urteil abgekürzt.

Diese Wechselwirkungen können zudem auch zwischen den Subebenen der non-elektoralen Ebene auftreten. So könnte beispielsweise ein abnehmendes Vertrauen in politische Institutionen (*Konfidenzebene*) durch den Eindruck der fehlenden Berücksichtigung von Interessen einkommensschwächerer Haushalte und Bürger (*Responsivitätsebene*) zur Stimmenenthaltung (Nichtwahl) am Wahltag führen (*Partizipatorische Ebene*). Für sich genommen handelt es sich bei jeder Ebene um ein disjunktes Merkmal, im Zusammenspiel ergeben diese aber ein Geflecht verschiedener Ebenen. Diese Eigenständigkeit bei gleichzeitiger Verflechtung soll in *Abbildung 2* durch die unterbrochenen Linien dargestellt werden, welche einerseits die Ebenen voneinander trennen, andererseits Durchlässigkeit und somit ein Zusammenspiel der verschiedenen Ebenen symbolisieren sollen. Ebenso sei darauf verwiesen, dass die einzelnen Subebenen nach keiner hierarchischen Logik angeordnet wurden – alle Subebenen sind gleichermaßen für das Funktionieren einer Demokratie von besonderer Relevanz. Wie Eisberge nicht nur aus einer Spitze bestehen, so bestehen Demokratien nicht nur aus dem Wahlakt. Die Folgen des Urteils von 2010 wurden maßgeblich auf diese Spitze der Demokratie projiziert, unter der Wasseroberfläche liegende Konsequenzen jedoch vom Sonar der Medien, Politik und Wissenschaft weitestgehend übersehen. Mit Hilfe der erörterten Forschungsfragen soll diese Perzeptionslücke geschlossen werden (Vgl. auch *Kapitel 2.4* und *2.5*)

Streng genommen unterteilt sich die „im Dunkeln" liegende non-elektorale Ebene in zwei Dimensionen: Einerseits die oftmals übersehenen Subebenen (*FF2.1-FF2.6*), die nach ihrer Identifikation (Erleuchtung) empirisch untersucht werden können und andererseits Phänomene, deren Existenz theoretisch zwar angenommen, nicht aber empirisch belegt werden kann. So ist vorstellbar, dass potentielle Kandidaten nicht für ein politisches Amt kandidieren, da sie den Eindruck haben, nicht über ausreichend finanzielle Ressourcen zu verfügen. Darüber hinaus besteht die theoretische Möglichkeit, dass Parlamentarier ihr Abstimmungsverhalten bei Gesetzesvorlagen ändern, da sie andernfalls gezielte Negativwerbekampagnen (*negative campaigning*) gegenüber ihrer Person befürchten – ein Gedankenexperiment, das konzeptionell als *preemptive obedience*[110] beschrieben werden

110 Da Handlungen hierbei vorauseilend antizipiert werden, um damit jemand anderem zuvorzukommen, möchte ich diese theoretische Möglichkeit als *preemptive obedience* (zu Deutsch: präemptiven Gehorsam) definieren. Erste Anzeichen für die Existenz eines solchen Phänomens liefern Daniel P. Tokaji und Renata E. B. Strause in ihrer lesenswerten Studie *The New Soft Money*. Vgl. Tokaji, Daniel P./ Strause, Renata E. B. (2014): The New Soft Money. Outside Spending in Congressional Elections, Columbus, OH, S. 80-84.

könnte. Theoretisch besteht also die Möglichkeit, dass Geld Einfluss auf politische Entscheidungen ausübt, ohne dass es tatsächlich ausgegeben beziehungsweise investiert werden muss. Auch wenn die Überprüfung dieser theoretischen Fingerübungen methodisch kaum zu bewerkstelligen ist, so soll in einer zumindest knappen Darstellung der Frage nachgegangen werden: *Ob Wahlkampfspenden (Geld) eine Wirkung besitzen, die sich entfaltet, ohne, dass es überhaupt zur Anwendung dieses Geldes kommen muss?* (*FF3*)

Neben den besprochenen Forschungsfragen verfolgt die Untersuchung grundlegende Ziele, welche im Folgenden angeführt werden sollen. Zunächst geht es (I.) um die generelle Analyse des politischen Systems der USA in der post-*Citizens United*-Zeit. In ständiger Abgrenzung zu Beispielen/ Sachverhalten/ Entwicklungen der prä-*Citizens United*-Zeit, soll der Einfluss des Urteils unter Zuhilfenahme von Vergleichen deutlicher herausgearbeitet werden. Aufgrund der weitreichenden Neujustierung der Wahlkampffinanzierungsstatute soll (II.) nicht nur überprüft werden, ob bisherige Forschungsergebnisse im post-*Citizens United*-Zeitalter Bestand haben, sondern eine eigenständige Theorie des Einflusses von Wahlkampfspenden entwickelt werden. Diese soll den Wirkungsgrad der Variable Wahlkampfspenden[111] in Abhängigkeit von der politischen Ebene, auf der sie eingesetzt werden, bestimmen. Um eine solche Theorie testen zu können ist es (III.) unerlässlich, Bundes- als auch Bundesstaatswahlkämpfe quantitativ-empirisch zu untersuchen. Mit der Ausdehnung auf die Bundesstaatsebene (*State Legislature Elections*, SLE) geht gleichzeitig eine Erweiterung des bisherigen Empiriekanons einher, da sich Forschungsarbeiten im Bereich der Finanzierung von Wahlkämpfen bisher maßgeblich auf den US-Kongress als Analyseebene konzentriert haben. Darüber hinaus soll es Ziel der Arbeit sein, (IV.) zentrale Argumentationsstränge in der Urteilsbegründung der richterlichen Mehrheit zu evaluieren. So heißt es in der *majority opinion* der Entscheidung: „The appearance of influence or access, […, ausgelöst durch Wahlkampfspenden von Unternehmen, Banken oder Gewerkschaften, J.H] will not cause the electorate to lose faith in our democracy."[112] Da die höchsten Richter um *Chief Justice* John Roberts sowohl auf die Zitation von Präzedenzfällen als auch weitläufig anerkannter wissenschaftlicher Ergebnisse verzichteten, sollen diese (und andere), vom

111 Im Folgenden soll der Begriff Wahlkampfspenden synonym zu der Wendung „eingesetztes Geld" beziehungsweise schlicht „Geld" verwendet werden. In beiden Fällen (eingesetztes Geld/ Geld) sind aber stets und ausschließlich Wahlkampfspenden gemeint.

112 *Citizens United v. Federal Election Commission*, 558 U.S. 50 (2010).

Supreme Court selbst hervorgebrachte, These(n) im Rahmen der Arbeit evaluiert beziehungsweise im wissenschaftstheoretischen Sinn, verifiziert oder falsifiziert werden. Somit bewegt sich die Arbeit im Spannungsfeld von abstrakter „legal theory" auf der einen, sowie praxisnaher „political reality"[113] auf der anderen Seite. (V.) Soll es auch darum gehen, festzustellen, inwiefern sich manche Effekte der Entscheidung erst langfristig auswirken und zur Geltung kommen. Wie in allen anderen Politikfeldern kommt es auch im Bereich der Wahlkampffinanzierung bei den involvierten Akteuren zu Lerneffekten und einem damit verbundenen Anstieg von Lernkurven. In Analogie zu dieser Tendenz weisen Mialon et al. (*Emory University*) deshalb darauf hin, dass „some of the ramifications of Citizens United may not become evident for many years."[114] Dies soll die Ergebnisse der Untersuchung nicht schon im Vornherein begrenzen, sehr wohl aber ein Bewusstsein dafür schaffen, dass nicht nur Forschungsergebnisse mit Zeitverzug veröffentlicht werden, sondern der Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung selbst davon betroffen sein kann. Fernab des Übens von Geduld steht dem eifrigen Wissenschaftler hierfür keinerlei Abhilfe zur Verfügung. Dessen ungeachtet soll an den notwendigen Stellen auf eben diese Prozesshaftigkeit des Politischen hingewiesen werden, um identifizierte Tendenzen nicht als fix, sondern als im ständigen Wandel befindlich begreifen zu können. Anhand des Eisberg-Modells kann ferner abgeleitet werden, dass die Untersuchung (VI.) eine ganzheitliche Vermessung der Folgen des Urteils für das politische System der USA zum Ziel hat. Systemlogisch soll somit neben dem *front end* (*electing candidates*) immer auch das *back end* (*policymaking*) Beachtung finden.[115] Es mag überflüssig erscheinen zu erwähnen, dass die entwickelten Forschungsfragen im Fortgang der Untersuchung beantwortet werden sollen; keinesfalls überflüssig zu erwähnen ist hingegen das Interesse der Arbeit, (VII.) weitere forschungsrelevante Fragestellungen zu Tage zu fördern, um auch damit zum Erkenntnisfortschritt beizutragen. In diesem Sinne ist die oft zitierte Passage des schottischen Anthropologen James George Frazer „[a]s often happens in the search after truth, if we have answered one question, we

113 Potter, Trevor (2015): Legal Rubble: Money and Politics in the Age of Citizens United, in: Harvard Election Law Series, veröffentlicht am 05.11.2015.

114 Klumpp, Tilman/ Mialon, Hugo M./ Williams, Michael (2016): The Business of American Democracy: Citizens United, Independent Spending, and Elections, in: Journal of Law and Economics, Jg. 59, H. 1, S. 2.

115 Tokaji, Daniel P./ Strause, Renata E. B. (2016): How Sausage Is Made: A Research Agenda for Campaign Finance and Lobbying, in: University of Pennsylvania Law Review, Jg. 164, H. 2, S. 224 und 230.

have raised many more“[116] weniger als Nachteil oder Dilemma, sondern vielmehr als Chance und etwas Positives zu betrachten.

Da auch Dissertationen zu einem Ende finden müssen, stellt die Abgrenzung des zu untersuchenden Themas eine unvermeidbare Aufgabe dar. Jene kann mit Hilfe unterschiedlicher Schemata umgesetzt werden. Abwägungen von Relevanz spielen dabei eine ebenso entscheide Rolle, wie die inhaltliche sowie methodische Umsetzbarkeit von möglichen weiteren Kapiteln. Aus einer Mixtur dieser Gründe wird die vorliegende Untersuchung beispielsweise nicht auf das breite Forschungsfeld der Parteienfinanzierung eingehen. Wenngleich so manche Berührungspunkte zwischen der Wahlkampf- und Parteienfinanzierung nicht von der Hand zu weisen sind, ist eine Kontextualisierung vor dem Hintergrund der Ausfinanzierung von politischen Parteien aus inhaltlichen wie platzökonomischen Gründen nicht leistbar. Das Forschungsfeld der Parteienfinanzierung interessiert sich letztlich zu allererst für Einnahme-Ausgabe-Bilanzen von Parteien und legt dabei besonderen Wert auf die Haupteinnahmequellen wie Mitgliedsbeiträge, öffentliche Zuwendungen und Parteisteuern.[117] Zwar werden in diesem Zuge immer auch Parteispenden als gewichtige Einnahmequelle aufgeführt, aber bei Parteispenden muss es sich nicht notwendigerweise um Wahlkampfspenden handeln. Die Parteienfinanzierung kennt also zahlreiche Nebenschauplätze, wohingegen der Hauptschauplatz dieser Untersuchung allein in der *Wahlkampf*finanzierung (und damit nicht der generellen *Parteien*finanzierung) besteht. Auch eine länderübergreifende Kontextualisierung respektive Vergleichsstudie von Wahlkampffinanzierungsystemen kann im Rahmen der Untersuchung nicht geleistet werden. Für diese Entscheidung sprechen im Wesentlichen zwei Überlegungen: Zum einen, dass US-Wahlkämpfe im Vergleich zu deutschen nicht nur kandidaten*zentriert*, sondern allen voran auch kandidaten*finanziert* sind[118] und deutschen Parteien in Wahlkämpfen demnach ein maß-

116 Zit. in: Griffith, Robert (1991): Forging America’s postwar order: domestic politics and political economy in the age of Truman, in: Lacey, Michael J. (Hrsg.), The Truman Presidency, Cambridge u.a., S. 57. Ursprünglich stammt die Passage aus Frazers Werk *The Golden Bough*, engl. Original 1890.

117 Vgl. Drysch, Thomas (1998): Parteienfinanzierung. Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland, Opladen. Für eine Synthese dieser beiden Schauplätze Vgl. Koß, Michael (2008): Staatliche Parteienfinanzierung und politischer Wettbewerb. Die Entwicklung der Finanzierungsregimes in Deutschland, Schweden, Großbritannien und Frankreich, Wiesbaden.

118 Vgl. Hans, Barbara (2017): Inszenierung von Politik. Zur Funktion von Privatheit, Authentizität, Personalisierung und Vertrauen, Wiesbaden, S. 300.

geblich stärkeres Gewicht als ihren amerikanischen Pendants zukommt. Zum anderen existiert in den USA kein staatliches System der Parteienfinanzierung, das wie im Falle des deutschen Parteiengesetzes (1967) Wahlkampfkosten von staatlicher Seite erstattbar macht.[119] Hierbei stehen weniger methodische Probleme der Umsetzbarkeit im Wege, als seiten- und damit platzkonsumierende Wesensmerkmale, die ein solcher Vergleich erfordern würde.

Unternehmen, Gewerkschaften, vermögende Einzelpersonen oder liberale wie konservative Interessengruppen greifen bei der gezielten Beeinflussung von Politik stets auf eine ganze Palette von Strategien und Ressourcen zurück, von denen die Wahlkampffinanzierung nur eine unter vielen Möglichkeiten darstellt. In aller Regel führen die genannten Akteure konzertierte Aktionen durch, die sich aus einem Zusammenspiel von Lobbyismus[120], der Finanzierung von Think Tanks[121], universitären Insti-

119 Vgl. Schmücking, Daniel (2015): Negative Campaigning. Die Wirkung und Entwicklung negativer politischer Werbung in der Bundesrepublik, Wiesbaden, S. 87f.

120 Das Thema des Lobbyismus wird im Rahmen der Untersuchung nur kurz angeschnitten. Für eine tiefergehende Beschäftigung mit der Thematik empfiehlt sich: Drutman, Lee (2015): The Business of America is Lobbying. How Corporations Became Politicized and Politics Became More Corporate, New York.

121 Einen wunderbaren Einstieg in diese Thematik bietet Mayer, Jane (2016): Dark Money. The Hidden Story of the Billionaires Behind the Rise of the Radical Rights, New York u.a. Mayer argumentiert, dass zahlreiche Konservative von von Hayeks Überlegung „to conquer politics, one must first conquer the intellectuals", die er in einem Artikel in der *University of Chicago Law Review* im Frühjahr 1949 ausgeführt hatte, beeinflusst wurden, Vgl. ebd., S. 100. Mit Hilfe von Geldern der Koch-Familie gründete sich 1976 nicht nur das *Center for Libertarian Studies in New York*, sondern auch der schon zwei Jahre früher gegründete und noch heute sehr einflussreiche Think Tank *Cato Institute* (damals noch unter dem Namen *Charles Koch Foundation*), Vgl. ebd. S. 54. Neben der Koch-Familie, investierten auch die Olin- und Scaife-Familie in ähnliche Projekte. Im Laufe der Zeit, so stellt auch Heath Brown von der *City University of New York* fest, „think tanks have grown much more politicized and ideological. At the same time, corporations and corporate money have played more prominent roles in funding think tank operations", Brown (2016): Pay-to-Play Politics, Santa Barbara, CA, S. 97. Als generelle Einführung in die Thematik empfiehlt sich Mayer (2016): Dark Money, New York u.a., S. 92-119. Völlig zu Recht wurde Mayers *Dark Money* von der *New York Times Review of Books* auch als eines der zehn besten Bücher des Jahres 2016 ausgezeichnet.

tuten[122], juristischen Seminaren[123], philanthropischen Investitionen und nicht zuletzt Wahlkampfspenden ergeben. Das Nachzeichnen dieser Strukturen würde das Wesen und den Zweck von Wahlkampfspenden in einen größeren Gesamtzusammenhang stellen, leider aber auch den zur Verfügung stehenden Raum deutlich überstrapazieren. Jener notwendige Pragmatismus spricht auch gegen eine zusätzliche Analyse von *Governor-*, *County-* oder *State Supreme Court Elections*[124], wenngleich, wie im letzten Falle, das Spannungsfeld zwischen Politik und Recht besonders spannend erscheinen mag.

---

122 Besonders aktiv auf dem Feld der Finanzierung universitärer Forschung war die konservative *Olin Foundation*, die sich 1953 auf Betreiben John M. Olins, Vorsitzender des milliardenschweren Chemiekonzerns *Olin Industries*, gründete. Unterstützt wurden (und werden) so renommierte Wissenschaftler wie die an der *Harvard University* lehrenden Harvey C. Mansfield (Politische Philosophie) und Samuel P. Huntington (Internationale Beziehungen). Huntington leitete darüber hinaus lange Zeit das an der *Harvard University* angegliederte *John M. Olin Institute for Strategic Studies*, welches mit einer Summe von insgesamt 8,4 Millionen US-Dollar von der *Olin Foundation* gefördert wurde. Vgl. ebd., S. 105. Das an der *Harvard Law School* angegliederte *John M. Olin Center for Law, Economics and Business* wurde darüber hinaus mit finanziellen Mitteln in Höhe von insgesamt 18 Millionen US-Dollar bedacht. Vgl., ebd. S. 109.

123 Aus einem Bericht des *Center for Public Integrity*, das für seine investigativen Arbeiten im Jahr 2014 und 2017 mit dem *Pulitzer Preis* ausgezeichnet wurde, geht hervor, dass zwischen 2008 und 2012 185 Bundesrichter an mehr als 100 verschiedenen „judicial education seminars" teilgenommen hatten. Gestiftet wurden diese unter anderem von multinationalen Konzernen wie ExxonMobil, Pfizer und BP, gleichzeitig aber auch von der *Koch Foundation* und dem *Searle Freedom Trust*. Am häufigsten fanden diese juristischen Fortbildungen am *Law & Economics Center* der *George Mason University* (Fairfax, VA) statt oder wurde im Rahmen des *Judicial Education Programs* der *Northwestern University* (Evanston, IL) abgehalten. Vgl. Young, Chris/ O'Brien, Reity/ Fuller, Andrea (2013): Justice Obscured: Corporations, pro-business nonprofits foot bill for judicial seminars. George Mason University top host of events, Bericht vom The Center for Public Integrity, veröffentlicht am 28.03.2013.

124 Wie das Beispiel der höchsten Bundesstaatsgerichte zeigt, ist es in den USA möglich, auch Richter durch demokratische Wahlakte ins Amt zu heben. Unter anderem wählen sieben Bundesstaaten die Richter dabei nach regulären Parteiwahlmustern (*partisan elections*), 14 Bundesstaaten bestellen die obersten Richter in unparteiischen Wahlen (*nonpartisan elections*) und weitere 17 Bundesstaaten ernennen ihre Richter, um diese nach dem Ablauf ihrer Amtszeit einer Wiederwahl zu stellen (*retention election*).

2.2 Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Der britische Mathematiker Karl Pearson, der nicht nur das Konzept der (Pearson)-Korrelation begründet, das der Regression zur Anwendungsreife weiterentwickelt und den Begriff der Standardabweichung eingeführt hatte – und deshalb völlig zu Recht als Gründungsvater der modernen Statistik gilt – , schreibt in seiner enorm einflussreichen Abhandlung *The Grammar of Science* (1892) „[the] field of science is unlimited; its material is endless, every group of natural phenomena, every phase of social life, every stage of past or present development is material for science. *The unity of all science consists alone in its method, not in its material*."[125] (Hervorhebung im Original). Doch wohingegen bei dem Untersuchungs*material* politikwissenschaftlicher Forschung ebenso breiter Konsens besteht, wie bei der Einsicht, dass sich Erkenntnisfortschritte nur unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Methoden erzielen lassen, kann von einer *unity* der konkret anzuwendenden Methode, zum Zwecke eben diesen Fortschritts, keinesfalls die Rede sein.[126] So leidet die moderne Politikwissenschaft unter einem Methodenschisma von konkurrierenden quantitativen und qualitativen Ansätzen, welche beide für sich beanspruchen, die jeweils besseren, verlässlicheren und näher an der empirischen Wahrheit liegenden Ergebnisse zu produzieren.[127] In Verbindung mit einem gewissen Nachzüglerstatus, welcher dem deutschen Methodendiskurs im Vergleich zum US-amerikanischen Forschungsbetrieb anzuheften ist, charakterisiert Bernhard Kittel die deutsche Politikwissenschaft in einem PVS-Artikel aus dem Jahr 2009 als „Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit"[128]. Die vorliegende Dissertation möchte nicht für einen der beiden Ansätze Partei ergreifen und die existierenden methodischen Gräben damit tiefer ziehen. Vielmehr sollen die jeweiligen Stärken der konkurrierenden Ansätze im

125 Pearson, Karl (2007) [1892]: The Grammar of Science, New York, S. 12.

126 Genauer betrachtet handelt es sich bei dieser Feststellung um keine besondere Eigenheit des politikwissenschaftlichen Faches. Debatten gleicher Couleur lassen sich auch in zahlreichen anderen Sozialwissenschaften, wie beispielsweise der Soziologie, wiederfinden.

127 Vgl. hierzu die das methodische Schisma aufarbeitende Darstellung von Mahoney und Goertz. Mahoney, James/ Goertz, Gary (2006): A Tale of Two Cultures: Contrasting Quantitative and Qualitative Research, in: Political Analysis, Jg. 14, H. 3, S. 227-249.

128 Kittel, Bernhard (2009): Eine Disziplin auf der Suche nach Wissenschaftlichkeit: Entwicklung und Stand der Methoden in der deutschen Politikwissenschaft, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 50, H. 3, S. 577-603.

Sinne der Methodentriangulation[129] gebündelt werden, um somit Reliabilität und Validität der Ergebnisse aus unterschiedlichen Richtungen kommend absichern zu können. Dieses Einschlagen des dritten Weges findet auf chronologische Art und Weise statt. Der erste Teil der Arbeit, in dem maßgeblich die elektoralen Folgen des *Citizens United*-Urteils untersucht werden, wird unter Zuhilfenahme quantitativer Logiken bearbeitet; im zweiten Teil, wenn es dann vor allem um die non-elektoralen Folgen der Entscheidung geht, werden anschließend qualitative Ansätze zur Anwendung kommen.

Für diese Aufgabenteilung spricht die hilfreiche und gleichermaßen kluge Unterscheidung wissenschaftlicher Forschungsdesigns von Steffen Ganghof, welcher zwischen *x-* und *y-zentrierten* Designs unterscheidet.[130] x-zentrierte Designs sind auf „eine bestimmte erklärende Variable fokussiert" und „wollen den kausalen Effekt schätzen, den diese Variable auf eine bestimmte abhängige Variable ausübt." Dahingegen sind y-zentrierte Designs auf „ein zu erklärendes Phänomen oder Ereignis fokussiert" und kombinieren „auf der Suche nach befriedigenden Erklärungen […] mehrere theoretische Ansätze und aus diesen abgeleitete Erklärungsvariablen."[131] Die Untersuchung der elektoralen Folgen des Urteils kann demnach idealtypisch als x-zentriertes Design eingeordnet werden. Klassischerweise werden diese
x-zentrierten Designs in der Wahl- und *Political Behavior*-Forschung mit Hilfe quantitativer Methoden analysiert. Die amerikanische *long ballot*, welche nicht selten zwischen 30 bis 40 unterschiedliche Wahlentscheidun-

129 Unter Methodentriangulation kann die effektive Verknüpfung unterschiedlicher methodischer Zugänge, wie sie quantitative und qualitative Ansätze darstellen, verstanden werden. Vgl. Flick, Uwe (2004): Triangulation. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 8.

130 Vgl. Ganghof, Steffen (2005): Kausale Perspektiven in der vergleichenden Politikwissenschaft: X-zentrierte und Y-zentrierte Forschungsdesigns, in: Kropp, Sabine/ Minkenberg, Michael (Hrsg.), Vergleichen in der Politikwissenschaft, Wiesbaden, S. 76-95.

131 Ganghof, Steffen (2016): Forschungsdesigns in der Politikwissenschaft – Kausale Perspektiven versus kontrastive Theorietests, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 45, H. 1, S. 2.

gen[132] über politische Ämter und Referenden[133] enthält, sowie über 500.000 Wahlkämpfe[134] auf Bundesstaatsebene, angefangen vom Senat des Bundesstaates, über den *State Auditor* oder *Agricultural Commissioner* bis hin zu *City Council* und *School Board Elections*, erweisen sich für statistische Methoden als paradiesgleiche Anwendungsgebiete. Diese günstigen Ausgangsbedingungen sollen keinesfalls ungenutzt bleiben und so wird in Analogie zu x-zentrierten Designs die unabhängige Variable (UV) *Wahlkampfspenden* dazu genutzt, um den kausalen Effekt zu schätzen, den diese erklärende Variable auf die zu erklärende beziehungsweise abhängige Variable (AV) *Wahlerfolg* besitzt (Vgl. *Forschungsfrage 1*, *FF1*). Auf Präsidentschaftsebene besteht noch das Problem der geringen Vergleichsfälle, da nach der Entscheidung im Jahre 2010 erst zwei Präsidentschaftswahlen (2012 und 2016) stattfanden, aber schon auf Kongressebene wird dieses Problem irrelevant. Das Fehlen weiterer Referenzwahlkämpfe auf der obersten politischen Ebene soll durch die Zuhilfenahme von Umfragedaten in den Vor- und Hauptwahlen längsschnittartig kompensiert werden. Auf der Nachrichtenseite *Real Clear Politics* werden nicht nur Umfragen verschiedenster Demoskopieinstitute im Zeitverlauf gespeichert, sondern diese auch in einem Durchschnittsumfragewert, dem *Real Clear Politics-Average* (RCPA), aggregiert. Diese Werte lassen sich dann mit Daten des *Wesleyan Media Projects*, das Anzahl und Art der TV-Werbespots registriert, in Zusammenhang setzen. Alternativ dazu soll mit Hilfe der Pearson-Korrelation geprüft werden, ob es am Wahltag einen Zusammenhang zwischen der Höhe von Wahlkampfspenden und dem letztlichen Wahlerfolg gegeben hat. Aufgrund der geringen Fallzahlen können die idiosynkratischen Faktoren der jeweiligen Präsidentschaftswahl anschließend mit den Ergebnissen der quantitativen Datenauswertung in Zusammenhang gesetzt werden. Neben dem *Wesleyan Media Project* und *Real Clear Politics*, soll die Datengrundlage anhand von Zahlen der *Federal Election Commission* sowie des *Centers for Responsive Politics* (*opensecrets.org*) eine zusätzliche Erweiterung erfahren.

---

132 Vgl. Lijphart, Arend (2009): The United States: A Different Democracy, in: King, Gary/ Lehman Schlozman, Kay/ Nie, Norman (Hrsg.): The Future of Political Science. 100 Perspectives, New York/ London, S. 1.

133 Vgl. Cain, Bruce E. (2015): Democracy More or Less. America's Political Reform Quandry, New York, S. 16. Cain verweist besonders auf die in den letzten Jahren deutlich angestiegen Zahl der Referenden.

134 Vgl. Jones, Ruth S. (1993): Campaign and Party Finance in North America, in: Gunlicks, Arthur B. (Hrsg.), Campaign and Party Finance in North America and Western Europe, Boulder u.a., S. 41.

Auf Kongressebene wird ebenso eine bivariate Zusammenhangsanalyse von Wahlkampfausgaben und Wahlerfolg zur Anwendung kommen. Datengrundlage hierfür bietet ein Datensatz der freundlicherweise von Gary C. Jacobson (*University of California*, *San Diego*) zur Verfügung gestellt wurde. Dieser enthält für jede Kongresswahl, also sowohl Senats- als auch Repräsentantenhauswahlen, beginnend im Jahr 1972, Informationen über Amtsinhaberstatus, Höhe der Wahlkampfausgaben sowie das letztliche Wahlergebnis als *two-party vote*. Das allgemein gut erforschte Gebiet der *Congressional Campaign Finance* soll hierbei durch das Testen einer Theorie zum Grenzwerteffekt von eingesetzten Wahlkampfausgaben (*Threshold Effect*) eine zusätzliche Dimension erhalten. Dabei sollen die angetretenen Kandidaten stringent in drei Klassen unterteilt werden: (I.) Kandidaten, die als Amtsinhaber (*incumbents*) antreten, (II.) Kandidaten, die als Herausforderer in einen Wahlkampf gehen (*challenger*) sowie (III.) Kandidaten, die sich um ein politisches Amt bewerben, das aus unterschiedlichen Gründen (u.a. Rücktritt oder das Wechseln in den Ruhestand) frei geworden ist (*open seat elections*). Unter Anwendung einer bivariaten Regressionsanalyse soll zudem die Wirkkraft der unabhängigen Variable Wahlkampfspenden (UV) evaluiert werden. Der gesonderte Einfluss des *Citizens United*-Urteils soll durch einen Vergleich dieser Wirkkraft vor und nach Inkrafttreten des Beschlusses des höchsten Gerichtes bestimmt werden. Für den post-*Citizens United*-Zeitraum stehen im Datensatz Informationen für die Kongresswahlen des Jahres 2010, 2012 und 2014 bereit. Auch wenn im Zeitraum vor 2010 theoretisch 19 Kongresswahlzyklen (von 1972 bis 2008) zur Analyse herangezogen werden könnten, sollen im Sinne der Standardisierung folglich nur die drei Kongresswahlzyklen 2004, 2006 und 2008 untersucht werden.

Das methodische Kernstück der Arbeit wird die Analyse der *State Legislature*-Wahlkämpfe darstellen. Ähnlich zur Kongressebene wählt jeder Bundesstaat der USA in unterschiedlichen Modi ein Bundesstaatsparlament, das sich – außer im Falle von Nebraska – aus den beiden Kammern Senat und Repräsentantenhaus zusammensetzt. An dieser Stelle sei angemerkt, dass die ausführliche Herleitung der Methodik erst in dem entsprechenden Kapitel abgehandelt wird. Damit kann nicht nur eine zu starke Aufblähung dieses Kapitels verhindert, sondern auch eine bessere Verknüpfung von Theorie, Methodik und Empirie ermöglicht werden, wenn es um eines der Kernargumente der Arbeit gehen wird. Zentral wird an dieser Stelle die Frage sein, inwiefern Spendengelder bei Wahlen auf niedrigeren politischen Ebenen einen anderen (gegebenenfalls höheren) Wir-

kungsgrad entwickeln.[135] Methodisch kann das Forschungsdesign auf Bundesstaatsebene nochmal um eine weitere Dimension ergänzt werden. Denn anders als auf Bundesebene gab es in 26 der insgesamt 50 US-Bundesstaaten auch schon vor der Urteilsverkündung von *Citizens United* keinerlei Wahlkampfspendenverbote für Unternehmen (*corporate ban*) oder Gewerkschaften (*union ban*). In den 24 anderen Bundesstaaten herrschten dahingegen entweder eines der beiden Spendenverbote oder eine generelle Untersagung für Unternehmens- als auch Gewerkschaftsspenden (*corporate and union ban*). *Citizens United* kann demzufolge als ein natürliches Experiment betrachtet werden, das es ferner ermöglicht, einzelne Bundesstaaten konkret definierbaren Kontroll- und Experimentalgruppen zuzuweisen. In Kooperation mit dem *National Institute on Money in State Politics*, das sich der Sammlung und Dokumentation aller Wahlkampfspenden, die bei Wahlen auf Bundesstaatsebene getätigt werden, verschrieben hat, wurde ein mehrere tausend Wahlen umfassender Datensatz von *state legislature elections* entwickelt. Die Arbeit der in Helena, Montana ansässigen Organisation wird durch verschiedenste Faktoren, wie zum Beispiel die von Bundestaat zu Bundesstaat abweichenden Veröffentlichungspraktiken, erschwert und dadurch nicht selten stark verlangsamt. Aus dem dennoch umfangreichen Datenpool wurde unter Berücksichtigung der parteipolitischen Zusammensetzung der einzelnen Bundesstaatsparlamente anschließend ein Sample von acht Bundesstaaten gezogen. Dieses Sample wurde sodann in zwei Gruppen, eine Experimental- und Kontrollgruppe, aufgeteilt. Zu den in dieser Untersuchung analysierten Bundesstaaten, die auch schon vor 2010 über keinerlei Spendenverbot verfügten, zählen Kalifornien, Florida, Maine und Washington. Dem stehen in der Experimentalgruppe die Staaten Colorado, North Carolina, Oklahoma und Texas gegenüber. Der vom *National Institute on Money in State Politics* bereitgestellte Rohdatensatz wurde umfassend bereinigt und durch zahlreiche weitere Variablen (wie zum Beispiel das konkrete Wahlergebnis in Prozent oder eine Dummy-Variable, die festhält, ob ein Kandidat ohne Gegenkandidat angetreten ist) ergänzt und beinhaltete nach Fertigstellung dieser Arbeiten Informationen von insgesamt 8.329 Kandidaten. Zeitlich umspannt der Datensatz die Wahlzyklen 2006, 2008, 2010 und 2012. Für die genannten Bundesstaaten wurden in diesem Zeitraum eine Vollerhebung durchgeführt und demnach alle Senats- und Repräsentantenhauswahlkämpfe erfasst. In Analogie zur Datenauswertung auf Kongressebene sollen die Wahlkämpfe auch auf bundesstaatlicher Ebene differenziert nach der Information, ob

135 Die hierfür zugrundeliegende Theorie wird in *Kapitel 4* ausführlich hergeleitet.

sie vor oder nach der Entscheidung des obersten Gerichtes stattgefunden haben, analysiert werden. Die Variablenfülle des Datensatzes erlaubt es, den Einfluss von Wahlkampfgeldern (UV) auf Wahlergebnisse (AV) mit einem multivariaten OLS-Regressionsmodells zu schätzen. Der maßgebliche Vorteil von Regressionsanalysen besteht darin, dass der Effekt einer erklärenden Variable auf eine Prognosevariable, in diesem Falle den Wahlerfolg, unter Konstanthaltung aller anderen unabhängigen Variablen isoliert werden kann. Davon ausgehend lassen sich Effekte nicht nur schätzen, sondern – ausgedrückt in der Varianzaufklärungsleistung der abhängigen Variablen – sogar präzise in Prozentpunkten angeben. Durch die Verwendung von Korrelationsmatrizen und artverwandter Teststatistiken sollen die erklärenden Variablen zudem auf Multikollinearität überprüft werden. Neben einer Untersuchung von möglichen Drittvariableneffekten sowie einer umfassenden Besprechung der Regressionsparameter sollen auch weitere potentielle Variablen thematisiert werden, welche die Güte des Regressionsmodells weiter erhöhen könnten. Die methodische Klaviatur soll im Rahmen dieses Teils der Arbeit also von Anfang bis Ende bespielt werden. Im ersten, quantitativen, Teil der Arbeit wird der Einfluss von Wahlkampfgeldern, zusammenfassend gesagt, auf drei unterschiedlichen Ebenen – der Präsidentschafts-, Kongress- und Bundesstaatsebene – empirisch untersucht. Inwiefern sich auf den unterschiedlichen Wahlebenen der Wirkungsgrad von Wahlkampfspenden verändert, wurde bisher in noch keiner politikwissenschaftlichen Studie thematisiert und ist unabhängig davon für die vorliegende Arbeit von zentralem Interesse. Das eben benannte multivariate Regressionsmodell erlaubt es dabei nicht nur den generellen Effekt der Wahlkampfspenden zu ermitteln, sondern den Einfluss der durch *Citizens United* freigesetzten Spendensummen isoliert betrachten sowie bewerten zu können.

Wenn es im zweiten Teil der Arbeit um die Analyse der non-elektoralen Folgen des Urteils gehen wird, soll überdies verstärkt auf qualitative Methoden zurückgegriffen werden. Unter Verwendung der interpretativ-hermeneutischen Methode, sollen die Folgen der Entscheidung auf der *gouvernementalen*, *legislativen* sowie *normativen* Subebene systematisch analysiert und in einen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang gesetzt werden.[136] Als Datengrundlage bieten sich laut Dvora Yanow, welche bei der Verankerung dieses Methodenstrangs in der Politikwissenschaft eine federführende

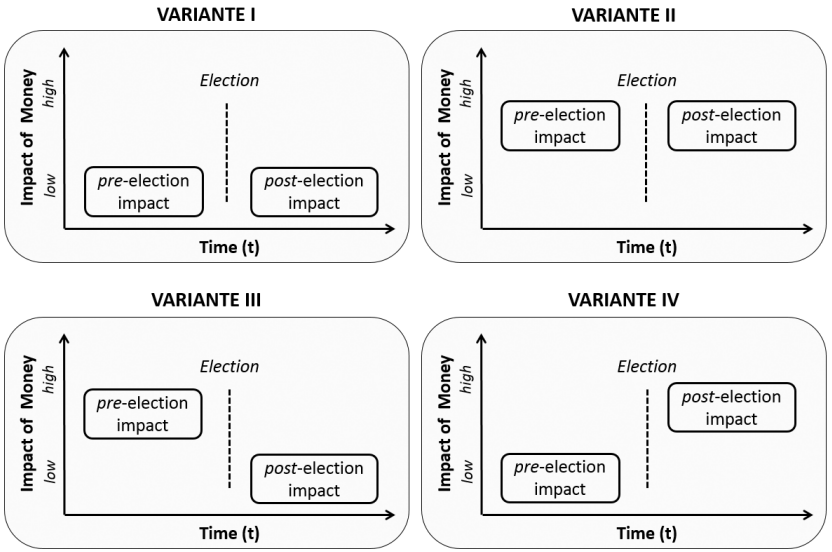
136 Zur inhaltlichen Einführung in diese Methodik sei auf die Monographie von Münch (2016) verwiesen. Vgl. Münch, Sybille (2016): Interpretative Policy-Analyse, Wiesbaden.

Rolle innehat/te, verschiedene Informationen an: „[f]or interpretive researchers, data are legitimated in their word form as they are derived from (participant-) observation, conversational interviewing, and texts, rather than translated into measures."[137] Besonders die Auswertung von Texten, Statements, Pressemitteilungen, Interviews, aber ebenso die Analyse von Berichten der zahlreichen Non-Profit-Organisationen (u.a. *The Center for Public Integrity* sowie *Campaign Legal Center*), Think Tanks (u.a. *Dēmos*) oder an Universitäten angeschlossener Forschungsinstitute (u.a. *Brennan Center for Justice*, *New York University School of Law*) werden in diesem Teil der Untersuchung zur Anwendung kommen. Diese Dokumente sollen anschließend in die aktuellen wissenschaftlichen Diskussionen, sofern solche überhaupt vorhanden sind, eingebunden werden.

In welcher Weise sich auch auf der partizipatorischen sowie Responsivitäts- und Konfidenzebene Folgen der *Supreme Court*-Entscheidung ausmachen lassen, soll erneut unter Rückgriff auf quantitative Daten bzw. bereits quantifizierte Daten erfolgen. Hierzu stehen vor allem im Bereich der Politischen Soziologie zahlreiche Datensätze, die für Sekundäranalysen relevante Variablen bereithalten, zur Verfügung. Dementsprechend sollen unter anderem aus der *American National Election Study* (ANES), der *American Values Survey* (AVS) oder dem *Cooperative Campaign Analysis Project* (CCAP) Erkenntnisse gezogen werden. Während der Untersuchung der Konfidenzebene wird zusätzlich auf demoskopische Daten sowie den Datensatz des an der *Harvard University* ansässigen *Electoral Integrity Projects* zugegriffen. Ergänzt werden diese Daten vom *Varieties of Democracy Index (V-DEM)*, der von Politikwissenschaftlern der *Universität Göteborg* bereitgestellt wird. Beide Datensätze versuchen neben der Qualität von Wahlen auch deren Integrität zu bestimmen und beinhalten deshalb zahlreiche Items, die sich zum Teil explizit auf *Citizens United* und dessen Auswirkungen im zeitlichen Verlauf beziehen lassen. Methodisch, dies sei zusammenfassend gesagt, soll im Rahmen der Arbeit ein breit aufgestelltes Arsenal qualitativer und quantitativer Methoden zum Einsatz kommen. Außerdem sollen mittels Triangulation Synergieeffekte erzeugt werden, welche die

137 Yanow, Dvora (2003): Interpretive Empirical Political Science: What Makes This Not a Subfield of Qualitative Methods, in: Qualitative Methods, Jg. 1, H. 2, S. 12. Entgegen der berechtigten Auffassung Yanows, dass auch zwischen qualitativen und ausschließlich interpretativen Methoden differenziert werden müsse, sollen beide Ansätze im Rahmen dieser Untersuchung unter den größeren Schirm der qualitativen Ansätze gestellt werden. Das vereinende Element ist in beiden Fällen der *small-N*-Charakter der Methodik.

Abbildung 3: Einflussvarianten des Citizens United-Urteils vor und nach dem Wahltag



Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung.

Stärken des jeweiligen methodischen Ansatzes mit denen des anderen verbinden.

Die Datenerfassung, -analyse und -auswertung wird mit Hilfe der Statistiksoftware R und deren integrierter Entwicklungsumgebung RStudio umgesetzt. Ein maßgeblicher Vorteil von R/RStudio besteht darin, dass es sich dabei sowohl um eine Statistiksoftware, eine Programmiersprache als auch um eine Datenbank handelt. Die Vereinigung dieser drei Funktionslogiken in nur einer Softwarelösung ermöglicht es, die Datenauswertung in einem einzigen Skript (*R-Code*) zu programmieren. Somit können Regressionsmodelle, Teststatistiken, aber auch komplexe Diagramme im Sinne der intersubjektiven Nachprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit zu jedem beliebigen Zeitpunkt mit nur sehr wenigen Klicks reproduziert werden.

2.3 Aufbau der Untersuchung

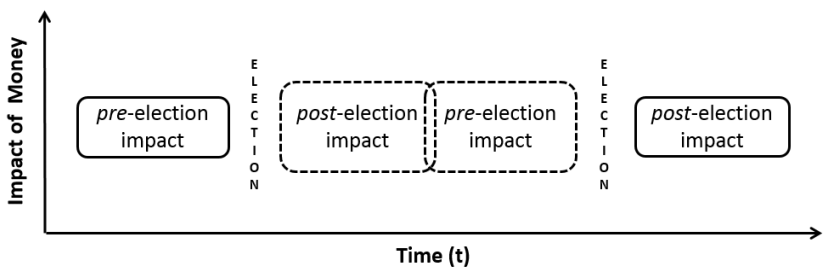
Auf dem Weg zu einer holistischen Darstellung der Folgen des *Citizens United*-Urteils für die US-amerikanische Demokratie müssen verschiedene

Teilschritte absolviert werden. Das erste Etappenziel auf diesem Weg stellt die Erarbeitung eines systematischen Überblicks zur Entwicklung der Wahlkampffinanzierung dar. Hierbei sollen nicht nur vom Kongress verabschiedete Gesetze, *Supreme Court*-Urteile und zentrale Akteure auf dem Gebiet der Finanzierung von Wahlkämpfen thematisiert, sondern ebenso auf legale Schlupflöcher, die stetige Anpassungen bestehender Statute erforderlich werden ließen, eingegangen werden. Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Teil der Arbeit selbstredend dem *Citizens United*-Urteil gewidmet: Was war die Vorgeschichte, was die grundlegenden Positionen der beiden Konfliktparteien, wie und in welcher Form entschied sich das Gericht, wie sahen die Reaktionen nach Bekanntwerden des Urteils aus und welche Folgeurteile folgten der Entscheidung? Im darauffolgenden Kapitel sollen die enorm angestiegenen Gesamtwahlkosten vor dem Hintergrund der Besonderheiten des Landes und dessen Wahlsystem kontextualisiert werden. Eine besondere Rolle soll dabei die Aufschlüsselung der Ausgaben von Wahlkampagnen einnehmen. Welche Posten schlagen in der Wahlkampfkasse zu Buche und welche fallen am meisten ins finanzielle Gewicht? Der daran anschließende Hauptteil untergliedert sich in zwei Kernbestandteile: (I.) die Analyse der elektoralen sowie (II.) der non-elektoralen Folgen des Urteils. In chronologischer Art soll im ersten Hauptteil der Zusammenhang zwischen Wahlkampfausgaben und Wahlerfolg auf der Präsidentschafts-, Kongress- und *State Legislature*-Ebene geprüft werden. Ob sich Folgeerscheinungen von Wahlkampfspenden auch in die Zeit nach dem eigentlichen Wahltag hineinüberlagern, soll zum Analysegegenstand des zweiten Hauptteils erhoben werden. Die aus dem Eisberg-Modell (Vgl. *Kapitel 2.1*) hervorgehenden Subebenen sollen dabei systematisch untersucht werden. In der Zusammenschau sollen beide Hauptteile ein *big picture* der Auswirkungen des Wegfalls der Spenderobergrenze für Unternehmen, Banken und Gewerkschaften ermöglichen. In einem Diagramm lassen sich die möglichen Ergebnisse voneinander unterscheiden. Dabei wird die Einflussstärke von Wahlkampfspenden (*low* vs. *high*) in Abhängigkeit zum Zeitpunkt (*pre-election* vs. *post-election impact*) gesetzt. Hieraus lassen sich nun vier verschiedene Varianten ableiten (Vgl. *Abbildung 3*): (I.) Der Einfluss des Urteils ist sowohl vor als auch nach dem Wahltag gering (oder nicht vorhanden). (II.) Die umgekehrte Logik: sowohl vor als auch nach dem Wahltag ist der Einfluss hoch. Die maßgeblich von Medien und Kolumnisten vorgebrachte Variante wird in Diagramm (III) beschrieben. Dort ist der Einfluss vor dem Wahltag hoch, nach diesem aber gering oder gar kein Einfluss festzustellen. Auch hierfür existiert wieder die umgekehrte Variante, dass der Einfluss vor dem Wahl-

tag gering (oder kein Einfluss vorliegt), dieser nach dem Wahltag aber als hoch einzustufen ist. Auf eine zusätzliche Kategorie (mittlerer Einfluss) wurde aus Gründen der Vereinfachung bewusst verzichtet.

Anhand von *Abbildung 3* lässt sich eine weitere Komponente des Eisberg-Modells illustrieren. Kippt man dieses Modell gedanklich um 90 Grad gegen den Uhrzeigersinn, lässt sich eine zeitliche Dimension erkennen. Denn bei den elektoralen Folgen handelt es sich um Auswirkungen, die vor dem Tag der Wahl (*pre-election impact*) zum Tragen kommen, wohingegen non-elektorale Folgen ihre Wirkung vornehmlich nach dem Wahltag (*post-election impact*) entfalten. Eine zusätzliche Erweiterung kann angesichts der Überlagerung beider Phasen vorgenommen werden, denn vereinfacht gesagt gilt: nach der Wahl ist vor der Wahl. Auswirkungen im Nachgang der Wahl sind somit gleichzeitig auch Auswirkungen im Vorfeld der *darauffolgenden* Wahl (Vgl. die vereinfachte Darstellung in *Abbildung 4*).

Abbildung 4: Überlagerungseffekte des Pre- und Post-Election Impacts



Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung.

In beiden Hauptteilen sollen die in *Kapitel 2.1* aufgeworfenen Forschungsfragen beantwortet werden, um somit eine Bewertung der Auswirkungen des Urteils für das politische Ökosystem der USA zu ermöglichen. Hierbei soll auch die These von Potter und Penniman geprüft werden, nach deren Meinung „[m]oney has practically become the sole determinant of who runs for office, who wins, and what they say and do."[138] An dieser Stelle sei ebenso an den Ausspruch Mark Hannas erinnert, der in ähnlicher Art und Weise den Faktor Geld (und damit auch Wahlkampfspenden) ins Zentrum der politischen Arena rückte. Potter/Penniman und Hanna skizzie-

138 Potter/ Penniman (2016): Nation on the Take, S. 41.